



Deutsche Polizei

Nr. 9 September 2005

Zeitschrift der Gewerkschaft der Polizei



Wozu

Gewerkschaften?

DGB

In dieser Ausgabe:

**Polizeiverwaltung:
Positionspapier**

**Bundestagswahl:
Was wollen die Parteien?**

**EuroCop:
Halbzeitbilanz**

**Medienthema:
Gezähmte Terroristen**

**Verschuldete Generation:
„Vererbte Armut“ von
Kindern und Jugendlichen**

Polizeimeisterschaften:
• Schwimmen auf Dänisch
• Bogenschießen in Kanada

2	KURZ BERICHTET	RECHT	19
	<i>Wahlgespräch: Bundeskanzler Schröder bei GdP-Bundesvorstand</i>	<i>Urteile</i>	
	<i>Merz-Vorschlag: Beschäftigte sollen Betriebsräte selbst bezahlen</i>	BUNDESTAGSWAHL	20
	<i>„Berliner Appell“ der GdP: Terrorbekämpfung statt Wahlkampfgetöse</i>	<i>Was wollen die Parteien?</i>	
	<i>IG Metall-Stiftung: Otto Brenner Preis für kritischen Journalismus</i>	EUROCOP	27
		<i>Halbzeitbilanz</i>	
4	KOMMENTAR	MEDIENTHEMA	28
	<i>Starke „Plagen“ braucht das Volk</i>	ERZIEHUNG	
		<i>Gezähmte Terroristen</i>	
4/5	FORUM	VERSCHULDETE	32
		GENERATION	
6	TITEL	<i>„Vererbte Armut“ von Kindern und Jugendlichen</i>	
	<i>Verharren führt in den Abgrund</i>	POLIZEI-	34
16	FORSCHUNGSPROJEKT	MEISTERSCHAFTEN	
	<i>Fragebogen zu berufsbedingten Belastungen im Polizeidienst – Erste Erfahrungen –</i>	<i>Schwimmen auf Dänisch</i>	
		<i>Bogenschießen in Kanada</i>	
17	POLIZEIVERWALTUNG	BÜCHER	36
	<i>Findelkind Verwaltung</i>		
	<i>Positionen der Polizeiverwaltung</i>		



Deutsche
Polizei

Titelbild: Foto GdP
Titelgestaltung Rembert Stolzenfeld



Druckauflage dieser Ausgabe:
185.141 Exemplare
ISSN 0949-2844



Inhalt:
100% Recyclingpapier
Umschlag:
chlorfrei gebleicht



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung

**Nr. 9 • 54. Jahrgang 2005 • Fachzeitschrift
und Organ der Gewerkschaft der Polizei**

Herausgeber:
Gewerkschaft der Polizei,
Forststraße 3a, 40721 Hilden,
Telefon Düsseldorf (0211) 7104-0,
Fax (0211) 7104-222
Homepage des Bundesvorstands der GdP:
<http://www.gdp.de>

Redaktion Bundesteil:
Marion Tetzner
(verantwortliche Redakteurin)
Gewerkschaft der Polizei, Pressestelle,
Stromstraße 4, 10555 Berlin,
Telefon (030) 39 99 21 - 114
Fax (030) 39 99 21 - 190
E-Mail: gdp-redaktion@gdp-online.de

Grafische Gestaltung & Layout:
Rembert Stolzenfeld, Dipl.-Designer

Die unter Verfasseramen erschienenen
Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung
der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte
Manuskripte kann keine Gewähr übernommen
werden. Mitteilungen und Anfragen bitten wir
an den jeweiligen Landesbezirk zu richten.

Erscheinungsweise und Bezugspreis:

Monatlich 2,90 EURO zuzüglich Zustellgebühr.
Bestellung an den Verlag.
Für GdP-Mitglieder ist der Bezug durch den
Mitgliedsbeitrag abgegolten

Verlag:
VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon Düsseldorf (0211) 7104-183,
Fax (0211) 7104-174
E-Mail: vdp.anzeigenverwaltung@vdpolizei.de

Geschäftsführer:
Bodo Andrae, Lothar Becker

Anzeigenleiter:
Michael Schwarz
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 29
vom 1. Januar 2005

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co.KG,
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern,
Postfach 1452, 47594 Geldern,
Telefon (02831) 396-0, Fax (02831) 89887

WAHLGESPRÄCH:

Bundeskanzler Schröder bei GdP-Bundesvorstand

Bundeskanzler Gerhard Schröder hatte die Einladung zum GdP-Wahlgespräch angenommen und diskutierte am 2. August in Berlin mit den Mitgliedern des GdP-Bundesvorstandes.

In seinem Eingangsstatement stellte er u. a. die bisherige Regierungspolitik dar und erläuterte den aktuellen Stand der europäischen

Sicherheitspolitik. Deutlich distanzierte er sich von dem Vorschlag, die Bundeswehr zum Schutz der Inneren Sicherheit einzusetzen.

Eine Absage erteilte der Kanzler weiterer Lohnzurückhaltung. Obwohl er nicht Tarifpartei sei, meine er, dass Nullrunden im öffentlichen Dienst „nicht mehr gehen“.



Foto: tetz

Vor allem um die aktuellen Reformen entfachte sich im Anschluss eine rege Diskussion mit

den GdP-Teilnehmern, wobei der Kanzler auf die deutsche Mentalität verwies, Reformen nur so lange zu begrüßen, wie man selbst nicht negativ betroffen sei.

Das GdP-Wahlgespräch mit der CDU-Kanzlerkandidatin hat Angela Merkel aus Termingründen abgesagt; sie wird sich aber mit dem DGB-Bundesvorstand treffen. **tetz**

EUROPÄISCHER TARIFBERICHT 2005:

Deutsche Lohnkosten steigen unterdurchschnittlich

2005 werden die Lohnkosten in Deutschland voraussichtlich um 0,5 Prozent wachsen. Die Bundesrepublik verzeichnet den geringsten Anstieg unter den EU-Ländern und bleibt deutlich unter dem voraussichtlichen durchschnittlichen Wachstum in der EU von 2,8 Prozent. Zu diesem Ergebnis gelangt das Tarifarchiv des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung in seinem aktuellen Europäischen Tarifbericht.

Nach Auswertung von Prognosedaten der Europäischen Kommission erwartet das WSI im Jahr 2005 für die Mehrzahl der westeuropäischen Staaten einen Anstieg der Lohnkosten zwischen 3 und 4 Prozent. Die Lohnentwicklung in Deutschland habe sich in den letzten Jahren mit extrem niedrigen Lohnsteigerungsraten regelrecht von der Entwicklung in den europäischen Nachbarstaaten abgekoppelt, analysiert der WSI-Tarifexperte Dr. Thorsten Schulten. Eine positive Wirkung auf den deutschen Arbeitsmarkt sei dabei nicht zu beobachten.

PM Hans-Böckler-Stiftung

Entwicklung der Lohnkosten* in der EU 2004-2005, in %

	2004	2005
Belgien	2,5	2,2
Dänemark	3,3	3,3
Deutschland	0,1	0,5
Finnland	3,9	4,1
Frankreich	3,1	2,8
Griechenland	5,7	5,9
Großbritannien	3,9	4,7
Irland	5,7	5,0
Italien	2,9	3,0
Luxemburg	3,2	3,0
Niederlande	2,5	0,7
Österreich	2,9	2,5
Portugal	3,0	3,1
Schweden	3,4	3,5
Spanien	4,0	3,7
EU 15	2,5	2,7
Estland	6,4	6,1
Lettland	16,5	8,0
Litauen	10,0	7,9
Malta	-0,5	1,4
Polen	4,6	4,1
Slowakei	10,8	7,1
Slowenien	6,0	5,0
Tschechien	5,5	6,5
Ungarn	9,7	7,0
Zypern	3,8	4,5
EU 25	2,8	2,8

* Bruttolöhne und -gehälter plus Sozialversicherungsbeiträge des Arbeitgebers, Steigerung gegenüber dem Vorjahr in %

Quelle: Europäischer Tarifbericht des WSI – 2004/2005

MERZ-VORSCHLAG: Beschäftigte sollen Betriebsräte selbst bezahlen

Wie der CDU-Politiker und frühere Fraktionschef im Bundestag, Friedrich Merz, der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ vorschlug, sollen nicht die Arbeitgeber die freigestellten Betriebsräte finanzieren, sondern die Beschäftigten. Und zwar über eine Umlage – nach österreichischem Vorbild. Bei diesem Modell könne die Belegschaft entscheiden, „wie viele freigestellte Betriebsratsmitglieder sie benötigt und was die ihr wert sind.“

Allerdings gibt es in Österreich

ein solches Modell gar nicht. Auch dort trägt der Arbeitgeber die Kosten der Gehälter für freigestellte Betriebsratsmitglieder (§ 117 des österreichischen Arbeitsverfassungsgesetzes). Die Anzahl der freizustellenden Betriebsratsmitglieder liegt auch nicht etwa im Ermessen der Belegschaft, sondern ist in der gleichen Vorschrift geregelt: Ab einer Belegschaftsgröße von 150 Arbeitnehmern ist ein Betriebsratsmitglied freizustellen, ab 700 zwei, ab 3.000 drei. Vielleicht hat Friedrich Merz da

nur unbeabsichtigt etwas durcheinander gebracht.

Denn: Anders als in Deutschland kann die Betriebsversammlung in österreichischen Betrieben beschließen, einen Betriebsratsfonds einzurichten (§ 72 Arbeitsverfassungsgesetz). Die Umlage dazu darf nicht mehr als 0,5 Prozent der Bruttogehälter betragen. Aus diesem vom Betriebsrat verwalteten Fonds werden einerseits Kosten der Geschäftsführung des Betriebsrats bezahlt

(Fahrt- und Schulungskosten), andererseits dient er zur Finanzierung von Sozialeinrichtungen, z. B. Betriebssport oder Unterstützungszahlungen an Belegschaftsmitglieder.

Ein „österreichisches Modell“, bei dem die Personalkosten für freigestellte Betriebsräte per Umlage von der Belegschaft finanziert werden, gibt es jedoch definitiv nicht.

Nach Informationen von LexisNexis Deutschland GmbH

„BERLINER APPELL“ DER GDP:

Terrorbekämpfung statt Wahlkampfgetöse

Angesichts der islamistischen Terrorgefahr forderte der GdP-Bundesvorstand auf seiner außerordentlichen Sitzung am 2. August im so genannten „Berliner Appell“ konkrete Maßnahmen zur wirksamen Bekämpfung des islamistischen Terrorismus. Unter der Überschrift „Terrorbekämpfung statt Wahlkampfgetöse“ fordert die GdP die politisch Verantwortlichen eindringlich auf, dafür zu sorgen, dass unverzichtbare Instrumente und gesetzliche Regelungen den Sicherheitsbehörden zur Verfügung stehen.

Es bedürfe einer Parteien übergreifenden, gemeinsamen Anstrengung, um den Terrorgefahren wirksam zu begegnen. Als Sofortmaßnahmen seien die Wiedereinführung der Kronzeugenregelung, die Einrichtung einer praxis-

gerechten Anti-Terror-Datei und eine durch die Polizei handhabbare, neue Regelung der technischen Wohnraumüberwachung unverzichtbar. Beschleunigt werden müssten zudem die nötigen Änderungen beim EU-Haftbefehl, die Einführung des polizeilichen Digitalfunks und die Schaffung gesetzlicher Normen zur längeren Aufbewahrung von Telekommunikationsdaten.

Als gezielte Irreführung der Öffentlichkeit bezeichnete der GdP-Vorsitzende die jüngst wieder aufgekommene Vorschläge, die Bundeswehr im Innern einzusetzen. Es sei abenteuerlich, wie manche Ministerpräsidenten von ihrer knallharten Sparpolitik bei der Polizei ablenken wollen.

red
„Berliner Appell“
unter www.gdp.de

WSI-BEFragung:

Jeder zwei Betriebsrat ist mit Personalabbau konfrontiert

Knapp 60 Prozent der Betriebsrätinnen und Betriebsräte in deutschen Unternehmen haben sich in den vergangenen drei Jahren mit dem Thema Beschäftigungssicherung befassen müssen, so die Betriebsratbefragung 2004/2005 des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung.

In bis zu 60 verschiedenen Themenbereichen müssen sich deutsche Betriebsräte laut Umfrage auskennen. Neben der Beschäftigungssicherung standen Arbeitsschutz, Weiterbildung, betriebliche Altersversorgung, ein verschlechtertes Betriebsklima und Altersteilzeit auf

der Aufgabenliste von jeweils mehr als 50 Prozent der 2.000 Befragten. 46 Prozent hatten mit Kündigungsschutzfragen zu tun. Relativ selten befassen sich Betriebsräte mit Gesundheitsförderung, familienfreundlichen Arbeitsbedingungen oder der Gleichstellung am Arbeitsplatz. Die WSI-Forscher nehmen an, dass solche Felder „kaum Entfaltungschancen haben, so lange die Interessenvertretung von den Entwicklungen im harten Kern des betrieblichen Geschehens in Atem gehalten wird“.

Weitere Informationen und Grafiken im Böckler Impuls 12/2005.

IG METALL-STIFTUNG:

Otto Brenner Preis für kritischen Journalismus

Die Otto Brenner Stiftung – eine Fördereinrichtung der IG Metall – wird erstmalig den Otto Brenner Preis zum Thema „Kritischer Journalismus – gründliche Recherchen statt bestellter Wahrheiten“ verleihen.

Prämiert werden Beiträge, die für einen kritischen Journalismus vorbildlich und beispielhaft sind und für demokratische und gesellschaftspolitische Verantwortung im Sinne von Otto Brenner, dem ersten Vorsitzenden der IG Metall von 1956 bis 1972, stehen. Das politische Leitmotiv des Gewerkschafters lautete: „Nicht Ruhe und Unterwürfigkeit gegenüber der Obrigkeit ist die erste Bürgerpflicht, sondern Kritik und ständige demokratische Wachsamkeit.“

Der Otto Brenner Preis ist mit insgesamt 20.000 Euro dotiert. Prämiert werden die drei besten eingereichten Beiträge, außerdem werden drei Recherche-Stipendien vergeben. Für Nachwuchs-

Journalisten aus Schüler- und Jugendzeitschriften, aus Videogruppen oder anderen Projekten gibt es einen Newcomer-Sonderpreis. Teilnehmen und vorgeschlagen werden können alle Journalistinnen und Journalisten, die für Printmedien, Hörfunk, Fernsehen und Internet-Publikationen arbeiten.

Der Jury gehören Sonia Mikich (Redaktion Monitor), Heribert Prantl (Süddeutsche Zeitung), Harald Schumann (Der Tagespiegel), Dr. Volker

Lilienthal (epd-medien) sowie Verwaltungsratsmitglieder der Otto Brenner Stiftung an. Die Preisverleihung findet im Rahmen der diesjährigen Jahrestagung der Otto Brenner Stiftung am 23./24. November 2005 in Berlin statt.

Detaillierte Ausschreibungs- und Bewerbungsunterlagen unter www.otto-brenner-stiftung.de

Einsendeschluss:
15. Oktober 2005.

IG Metall

HAMBURG:

Digitales System zur Abnahme von Fingerabdrücken

Nach der Einführung der digitalen Lichtbilddatei sowie der Möglichkeit, diese Daten elektronisch mit den Fahndungsbeständen der Polizei abzugleichen, werden nun auch schnell und sauber Fingerabdrücke in Hamburg digital erhoben.

„Mit diesem Schritt behauptet die Hamburger Polizei ihre bundesweite Spitzenstellung im Bereich der Ausstattung mit IuK-Mitteln. Flächendeckende Nutzung von PC, Zugriff auf

Fahndungssysteme direkt vom Arbeitsplatz aus und jetzt die schnelle Erfassung von Fingerabdrücken ohne umständliche Nutzung von Druckerschwärze sind Arbeitsmittel, die unsere Kolleginnen und Kollegen bei der Verbrechensbekämpfung den notwendigen Vorsprung erreichen lassen, um erfolgreich ihre schwere Arbeit durchzuführen“, so GdP-Landesvorsitzender André Bunkowsky.

bun.

KOMMENTAR

Starke „Plagen“ braucht das Volk

Gewerkschaften sind ein Haufen ewig Gestriger, die Funktionäre betonköpfig und Besitzstandswahrer – so die fast durchgängige Meinung in den Medien – lanciert von jenen, die selbst ihre Pfründe ohne Rücksicht auf andere gesellschaftliche Bereiche bewahren und mehren wollen. Die „Plage“-Litanei vom FDP-Chef Westerwelle ist beredtes Zeugnis dieses neoliberalen Trends.



Aber auch einige Mitglieder kreiden den Gewerkschaften an, dass die Erfolge ausbleiben. Können Gewerkschaften wirklich noch etwas bewirken?

Die Staatskasse ist leer; es gibt nicht mehr viel zu verteilen. Der Gestaltungsspielraum ist enger geworden. Der Öffentliche Dienst wird zu solchen Zeiten als erster „gemolken“. Da geht es selbst in einem so hochsensiblen und anspruchsvollen Bereich wie der Inneren Sicherheit ans Eingemachte. Wer da nicht dagegenhalten kann, dem wird ungehemmt in die Taschen gefasst.

Hier setzt gewerkschaftliche Verantwortung u. a. an. Hier sieht sie ihre

Aufgabe auch als Besitzstandswahrer. Erinnert sei daran, dass es die Gewerkschaften waren, die den wirtschaftlich Mächtigen in einem jahrzehntelangen zähen Kampf jene Zugeständnisse abgerungen haben, die zu einem sozial verträglichen Kapitalismus und zu einer Humanisierung der Arbeitswelt beigetragen haben. Das hat den Arbeitgebern zu keiner Zeit geschmeckt. Und diese Positionen werden wir im Interesse unserer Mitglieder und aus gesamtgesellschaftlicher Verantwortung offensiv verteidigen. Ob uns das in jedem Fall vollends gelingt, hängt auch von unserer Stärke ab, davon, wie viele aktive Mitglieder hinter uns stehen. Im Forum schreibt der Kollege Tietz: „Meine Gewerkschaft habe ich zu keiner Zeit als Geldautomaten angesehen, in den man oben den Mitgliedsbeitrag einwirft und unten den Nachweis über angehobene Löhne, Gehälter, Renten und Pensionen entnimmt. ... Die Gewerkschaft sind wir.“

Stellen wir doch mal die Gegenfrage: Was wäre, gäbe es keine Gewerkschaften? Oder nur sehr schwache, die man nach Gutdünken beiseite schieben kann. Wer würde dann z. B. Tarifverträge aushandeln? Was wäre, gäbe es die GdP nicht?

Generell wäre die Mitbestimmung auch in unserem Bereich längst auf der Strecke geblieben. Mit größter Wahrscheinlichkeit wäre die so genannte Öffnungsklausel von den Ländern voll ausgekostet worden, Urlaubs- und Weihnachtsgeld hätten sofort total zur Disposition gestanden. Die Wochen- und Lebensarbeitszeit wären längst überall auf dem möglichen Höchststand, die zweiseitige Laufbahn eine Illusion und die Mitbestimmung auf der Strecke geblieben ... Wer hätte sich nachhaltig für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, für sachgerechte Ausstattung, eindeutige Gesetzesregelungen und Fahndungsinstrumente eingesetzt – alles Dinge, die die Kolleginnen und Kollegen in ihrer täglichen Arbeit brauchen. Wer hätte neue Munition und flächendeckend Schutzwestenausstattung gefordert, annehmbare Schichtsysteme ausgehandelt und dafür gesorgt, dass der „Hilfsbeamte“ aus der Strafprozessordnung verschwindet ...

All das passierte nicht von heute auf morgen; oft genug hat man das unguete Gefühl, ständig auf der Stelle zu treten. Etliches an Gewerkschaftsarbeit, die die GdP in Bund und in den Landesbezirken leistet, läuft im Hintergrund – die zahllosen Gespräche auf politischer Ebene, um unsere Positionen zu erläutern, Mitstreiter zu finden, die vielen Stellungnahmen zu Gesetzesvorlagen, die unzähligen Pressemitteilungen (die von den Medien übrigens als fundierte Stellungnahmen einer kompetenten Polizeivertretung gern übernommen werden), all das trägt dazu bei, Interessen zu vertreten und das Image einer professionellen und vertrauenswürdigen Polizei zu transportieren.

Monatelange, jahrelange Kleinarbeit wird für uns auf der Tagesordnung bleiben. Wer sollte dies tun, wenn die Westerwelles ihr Ziel erreichen würden, nach einem Wahlsieg die Gewerkschaften zu entmachten?

Zu: Leserbriefe der Kollegen Tendick und Köster, DP 8/05

Mit größtem Interesse habe ich das letzte Mitgliedsheft gelesen. Neben einigen guten Beiträgen waren einige Leserbriefe ein Treffer ins Schwarze. Insbesondere die Beiträge des Kollegen Köster und des Kollegen Tendick.

Auch ich frage mich oft, wo für ich meinen Gewerkschaftsbeitrag zahle. Man muss nicht lange suchen, um Beispiele zu finden, bei denen die Gewerkschaft nicht gerade gut ausgehen hat:

Verlängerung der Wochenarbeitszeit: Gegen Abstriche bei der Lohnerhöhung wurde die Wochenarbeitszeit verkürzt. Später wurde die Wochenarbeitszeit wieder angehoben, die ausgehandelten Abstriche blieben jedoch.

Verlängerung der Lebensarbeitszeit: Auch hier wurden die Gewerkschaften zwar gehört und man machte Versprechen, bei denen man im Voraus schon sicher sein konnte, dass sie nicht gehalten werden. Über Sinn und Unsinn der ganzen Demonstrationen könnte man trefflich streiten.

Zuzahlung zu Krankenhausleistungen: Per Federstrich wurde mir ein Beitrag auferlegt, damit ich die mir zustehenden Krankenhausleistungen auch weiterhin in Anspruch nehmen darf. Für mich ist dies eine Gehaltskürzung durch die Hintertür. Warum versucht unser Dienstherr nicht, eine gemeinsame Krankenkasse für seine Mitarbeiter zu bekommen (ähnlich AOK, DAK o. ä.).

Steuererhöhungen: Die Erhöhung der Ökosteuer und die geplante Erhöhung der Mehrwertsteuer bringen uns Beamte außer weniger Einkommen nichts. Bei der Ökosteuer hat man sich gewehrt, bei der Mehrwertsteuer wehrt man sich im Moment, wobei für mich der Ausgang schon klar ist.

Personalsituation: Bei uns in der Westpfalz ist die Personalsituation nicht gerade rosig. Zumindest innerhalb unserer Inspektion wird durch Aushelfen in anderen Schichten derart fle-

xibel gearbeitet, dass Diskussionen um flexible Modelle völlig überflüssig sind. Es fällt jedoch auf, dass bei vielen Diskussionen mit der Führung behauptet wird, man habe jetzt genauso viel Personal wie vor der Reform. Für mich als „Schichtler“ sehe ich in der Nachtschicht jedoch nichts davon. Es ist wohl eher so, dass der berühmte „Wasserkopf“ immer mehr anschwillt und immer weniger Polizisten die eigentliche Polizeiarbeit machen. Dass mehr Personal eingestellt werden muss ist wohl verständlich. Dass man jedoch nicht versucht, das Personal von „oben nach unten“ zu verteilen, kann man nicht verstehen.

Und die Reaktionen von Gewerkschaft und Personalrat? Man hat demonstriert, man hat widersprochen, man wird „am Ball bleiben“, man wird etwas „nicht hinnehmen“ und vielleicht sich wieder mit jemanden unterhalten, um ein Versprechen wie oben zu bekommen.

Wenn jemand mit seinem Personal und seinen Vertretern nach dieser „Gutsherrenart“ umspringt, muss sich auch unsere Reaktion etwas verändern.

Auf dem bisherigen Weg wurden wir wohl eher verschaukelt.

Arno Gleißner, per E-Mail



Recht hat der Kollege Köster! Wie ihm geht es mir, wenn ich manche Leserbriefe lese! Unsere Gewerkschaft und ihre Publikationsorgane sind doch nur das, was wir Mitglieder aus ihnen machen. Wir Mitglieder sind doch wohl die Gewerkschaft! Meine Gewerkschaft habe ich zu keiner Zeit als Geldautomaten angesehen, in den man oben den Mitgliedsbeitrag einwirft und unten den Nachweis über angehobene Löhne, Gehälter, Renten und Pensionen entnimmt. Leistungsgerechte Bezahlung ist ein Aspekt, mit dem sich unsere Gewerkschaft befasst. Daneben hat sie auch noch andere Aufgaben wahrzunehmen, als da sind politische (nicht parteipolitische!) Aufgaben, gesellschaftspolitische, kulturpolitische, allgemein bildende, berufsbezogene, Ar-

beitsschutz, Arbeitsbedingungen oder Gewerkschaftsinterna. Berichte über die Arbeit anderer DGB-Gewerkschaften (schon wegen der Pflege der Solidarität untereinander) und Abhandlungen über all die o. a. Themengebiete möchte ich als Mitglied in der „Gewerkschaftspostille“ (Duden: Postille = Erbauungs- und Predigtbuch) lesen können.

Wenn innerhalb der Polizei unterschiedliche Berufsverbände arbeiten, die mit einander konkurrieren, so ist dies doch der Kollegenschaft zu verdanken, die dies so wünscht. Meines Erachtens sollten alle Kolleginnen und Kollegen einer Berufsgruppe auch in einer Berufsvertretung Mitglied sein. Unserem Arbeitgeber wäre die Methode „Teile und herrsche“ dann verbaut.

Kritik ist legitim und muss sein, lieber Kollege Köster, aber alle Kolleginnen und Kollegen sollten sich dann auch selbst in die Gewerkschaftsarbeit einbringen, aktiv mitarbeiten und sich selbst bemühen, etwa bestehende Mängel abzustellen; nicht jedoch nur meinen: Ich bezahle ja meinen Beitrag, für den Rest hat „die Gewerkschaft“ zu sorgen, denn siehe oben: DIE GEWERKSCHAFT SIND WIR!

Hans-Herbert Tietz, Kiel

Zu: Mehrwertsteuer belastet ungleich, DP 8/05

Die geplante Erhöhung der Mehrwertsteuer als erneute einseitige Belastung der Beamten lehnen Sie aus folgendem Grund ab:

Während die übrigen Beschäftigten eine zumindest teilweise Entlastung über die geplante Absenkung der Arbeitslosenbeiträge haben werden; kann eine solche Kompensation bei Beamten nicht stattfinden.

Da allgemein bekannt ist, dass Beamte keine Arbeitslosenbeiträge entrichten, stellt sich hier jedoch die Frage, wie man eine Entlastung dieser Beiträge beklagen kann, von denen Beamte doch befreit sind.

Der Möglichkeit einer Mehrwertsteuererhöhung – auch nur teilweise – zu gehen, gelingt

keiner Personengruppe, vor allem nicht Rentnern und Pensionären.

Rudolf Bannholzer, Kraichtal

Zu: Wir können nicht einfach die Augen verschließen, DP 8/05

Ich habe den Bericht mit starkem Interesse gelesen. Insbesondere deshalb, weil ich als Polizeibeamter im ersten Kontingent des Landes NRW 1994/95 in Mostar eingesetzt war und mich seit dieser Zeit mit einigen Freunden für Menschen, insbesondere in der Region um Mostar, einsetze. Da Bosnien-Herzegowina seit Monaten nicht oder kaum noch in den Schlagzeilen der Presse zu finden ist, wird es immer schwieriger unsere Arbeit dort fort zu setzen. Der Tsunami mit seinen schrecklichen Auswirkungen für die Bevölkerung in Indonesien, Thailand, u. a. hat das Seine dazu getan, dass wir unsere Hilfen, die eine finanzielle Basis erfordern, nur noch wenige Monate weiter führen können, da der Spendeneingang sehr stark rückläufig ist. Vielleicht hat die/der eine oder andere Kollegin/Kollege mit ähnlichen Intensionen die Möglichkeit uns bei unserer Arbeit zu unterstützen:

www.hilfe-fuer-bosnien.de

Horst Dieter Pohl, per E-Mail

Zu: Leserbrief vom Kollegen Burfeind, DP 7/05

Es ist richtig, dass die Polizeihöhe laut Grundgesetz bei den Bundesländern liegt und ein dementsprechender Beschluss des Bundesverfassungsgerichtes Verwechslungen vermeiden sollte. Das Problem liegt aber weniger in der Wortklauberei um Bundespolizei oder Bundesgrenzschutz, sondern vielmehr darin, das unser Grundgesetz reformbedürftig ist.

Wenn es dem Bürger nicht vermittelbar ist, dass Bundespolizei an zuständige Landespolizeien übergibt, nach Amtshilfe in Notlagen, so ist es umgekehrt genauso: Schon lange müssen Landespolizisten auf die Zuständigkeit des BGS ver-

weisen, beispielsweise bei Ereignissen auf dem Gebiet deutscher Bundeseisenbahnen, auch wenn vor Ort weit und breit keine Außengrenze der Bundesrepublik zu finden ist.

Ebenfalls nur schwer vermittelbar sind dem „Normalbürger“ gemeinsame Einsätze der Bereitschaftspolizeien mehrerer Länder, mit ihren landeseigenen Uniformstücken, in nur einem Bundesland.

Nach jahrzehntelanger Orientierungssuche in der Zeit des Kalten Krieges, in Richtung Militär oder in Richtung einer modernen Polizei des Bundes, hat das europäische Zeitgeschehen nun zur einzig richtigen Entscheidung geführt – zur Bundespolizei.

Offene europäische Grenzen machen ein Bundespolizeiliches Handeln auf den Verkehrswegeträgern Bahn und Luftverkehr zwingend notwendig, sonst gerät die grenzüberschreitende Kriminalität aus dem Ruder.

Landeszuständigkeiten wären hier ineffizient und kostspielig: Die Namensänderung ist somit eine Umsetzung geltenden Rechts polizeilicher Praxisarbeit.

Wir können nicht einerseits ein Europa mit offenen Grenzen wollen und, laut Grundgesetz, an nicht mehr zeitgemäßem Grenzdenken festhalten, auch namentlich gesehen.

Andreas Schoan, Wildau

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen, um möglichst viele Kolleginnen und Kollegen zu Wort kommen zu lassen. Abgedruckte Zuschriften geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Anonyme Zuschriften werden nicht berücksichtigt.

Kontakt zur Redaktion:

**GdP-Bundesvorstand
Redaktion Deutsche Polizei
Stromstraße 4
10555 Berlin
Tel.: 030/39 99 21-114
Fax: 030/39 99 21-190
E-Mail:
gdp-redaktion@gdp-online.de**

Verharren führt in

Professor Dr. Oskar Negt hat ein kleines Buch mit dem provokanten Titel „Wozu noch Gewerkschaften?“ verfasst. Seit Mitte des vergangenen Jahrhunderts den Gewerkschaften in „kritischer Solidarität“ verbunden, setzt er sich in dieser Streitschrift mit dem gegenwärtigen Zustand der Gewerkschaften auseinander, denkt über Gefahren stoischen Verharrens, aber auch über Perspektiven nach. Marion Tetzner war im Gespräch mit dem Autor.

Gewerkschaften werden gegenwärtig gern ins Rampenlicht gerückt. Von den einen, weil sie sie öffentlich beschimpfen, verdammen und bekämpfen; von den anderen, weil sie sie als verlässliche und kämpferische Interessenvertreter der Arbeitnehmer schätzen, die für den sozialen und Betriebsfrieden unerlässlich sind. Doch bleiben wir realistisch: Gewerkschaften können sich im gegenwärtigen gesellschaftlichen Klima nicht gerade in sicht- und fassbaren Erfolgen sonnen. Das ist bitter für die Mitglieder, die sicher mehr erwarten, als sie zurzeit konkret für sich verbuchen können. Wozu also noch Gewerkschaften? Mit unserem Thema wollen wir anregen, über den Wert und den Weg von Gewerkschaften nachzudenken. Wir haben zwei Wissenschaftler, den Kanzler und GdP-Mitglieder dazu befragt.

zu verteilen. Wenn die Anwesenheitszeit der Arbeiter in Betrieben also abnimmt, viel Zeit außerbetrieblich verbracht wird und Probleme nicht nur in unmittelbarem Bezug zum Arbeitsplatz stehen, wo erreicht man dann die Mitglieder? Kurz: Gewerkschaften sollten den Menschen dorthin folgen, wo sie sich tatsächlich aufhalten, ihre Konflikte und Probleme haben. Und das ist eben nicht nur am Arbeitsplatz.

Zweitens halte ich die Erweiterung des kulturellen Mandats für erforderlich, um transportieren und öffentlich vertreten zu können, was gegenwärtig brachliegt oder der Verödung anheim zu fallen droht. Das heißt, wir brauchen u. a. öffentliche Räume für Reflexionen, für Nachdenken

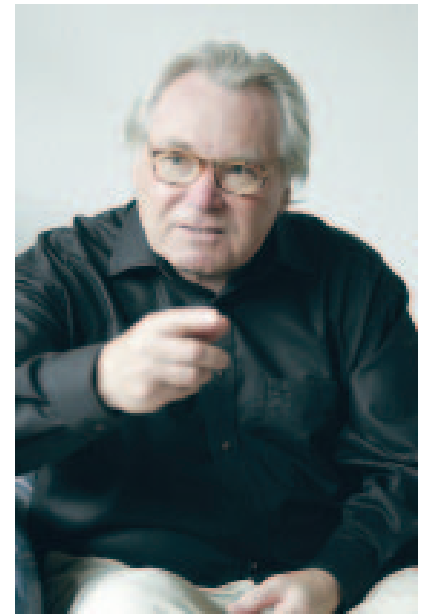
Herr Professor Negt, Grundtenor Ihres Buches ist: Die Zeiten der Gewerkschaften sind nicht vorbei ...

Die Notwendigkeit von Gewerkschaften in unserer Gesellschaft ist für mich völlig unstrittig: Wo es Unternehmermacht und Kapital gibt, sind Gewerkschaften als Gegenmacht erforderlich, um kollektive Interessen zu vertreten.

man im ICE fährt, kann man sehr schön beobachten, wie viele ihre leistungsfähigen Produktionsmittel aufklappen. Sie arbeiten also nicht mehr nur im Büro, sondern sind mobil und flexibel genug, auch außerhalb der eigentlichen Arbeitsstätte und Arbeitszeit zu agieren. Solche neuen Arbeitsformen müssen

Ziele und Lebenswirklichkeiten ihrer Mitglieder erreichen – über das unmittelbare Arbeitsfeld hinaus. Es geht dabei auch um Interessendimensionen in Richtung emotionale und soziale Bedürfnisse.

Ich plädiere für die Ent-



Oskar Negt

„Den Weg ins 21. Jahrhundert kann niemand mit klaren Richtungsstrategien vorgeben, aber gewerkschaftliche Organisationsformen in der gegenwärtigen Situation des Kapitalismus einfach zu verabschieden, weil viele zur Zeit nicht recht wissen, welche Politik zukunftssträftig ist, wäre keine Kleinigkeit, sondern ein zentraler Bruch im Demokratieverständnis der westlichen Welt.“

derlich, um kollektive Interessen zu vertreten.

Sie legen den Gewerkschaften nahe, ihre Handlungsfelder auszuweiten. In welche Richtung?

Sie müssen u. a. den Arbeitsbegriff erweitern: Arbeit nur im Sinne von Kapital-Lohnarbeit zu verstehen, ist zu eng. Durch die Computertechnologie ist z. B. eine Rückkehr zur „Heimarbeit“ zu beobachten, die Menschen tragen ja zum Teil ihre Produktionsmittel mit sich herum. Wenn

Gewerkschaften z. B. in die Vertretung von kollektiven Arbeitsinteressen mit einbeziehen.

Sie sprechen in Ihrem Buch von Mandatserweiterungen. Was verstehen Sie darunter?

Erstens: Gewerkschaften müssen ihren Interessenbegriff erweitern. Es sind nicht nur die rationalen Arbeitsplatzinteressen – abgesehen davon, dass viele Menschen arbeitslos sind –, die zu organisieren und zu vertreten sind. Gewerkschaften müssen die

wicklung eines außerbetrieblichen Organisationsstandbeins. Es hat in Gewerkschaften schon mal die Konzeption der Ortskartelle gegeben, in denen alle Gewerkschaften vertreten waren, die zum Teil sogar Kerne von Bürgerinitiativen waren. Das „außerbetriebliche Standbein“ für Gewerkschaften wird auch dadurch untermauert, dass es eine Arbeitszeitverkürzungspolitik gibt, die ich für sehr sinnvoll halte, um die notwendigen Arbeitsplätze anders

Oskar Negt (geb. 1934) studierte Philosophie und Soziologie an der Universität Frankfurt (Main) und war bis Juli 2002 als Professor für Soziologie an der Universität Hannover tätig. Vor einem Jahr kam seine Streitschrift „Wozu noch Gewerkschaften?“ heraus.

Foto: Walter Schmidt

den Abgrund

– ob es sich dabei nun um Opernhäuser, Kirchen, Theater oder sonstige Kunst- und Kommunikationsstätten handelt. Um sich gegen die Auszehrung sozialer Solidarität und die Zerrüttung des Gemeinwesens erfolgreich und öffentlichkeitswirksam zu wehren, ist die gesamte Reichweite kultureller Möglichkeiten gefragt.

Und drittens geht es um die Erweiterung des politischen Mandats. Ich glaube, dass die Gewerkschaften aus ihrer ganzen Tradition heraus den gesamtgesellschaftlichen Auftrag haben, sichtbar zu machen, wie die Gesellschaft eigentlich aussehen soll, die sie wollen. Wofür kämpft man, wenn man würdigere Arbeits- und Lebensbedingungen will?

Das bedeutet u. a., es muss das Bild einer anderen Ökonomie gezeichnet werden; ich spreche da von der „Ökonomie des ganzen Hauses“ im Unterschied zur reinen betriebswirtschaftlichen Ökonomie. Die betriebswirtschaftliche Mentalität besteht im Grunde darin, dass ich die eingesparten Kosten des eigenen Betriebs auf die Gesellschaft abwälze. Die Folgen beispielsweise von Arbeitslosigkeit für den Einzelnen oder die Gesellschaft interessieren nicht. Das aber steht im Widerspruch zur gewerkschaftlichen Solidaritätsmaxime, sich auch für die einzusetzen, die nicht mehr im engen Sinne einen Arbeitsplatz haben, sondern die ihn verlieren oder die Angst haben, ihn zu verlieren. Und es sind die gesamtgesellschaftlichen Folgen aufzuzeigen.

In dieser Dimension geht es um ein gesamtgesellschaftliches Mandat, das ich im Augenblick nicht so deutlich bei den Gewerkschaften sehe; weil sie in der Tat häufig diese neoliberale Positionen hinnehmen, manchmal sogar für richtig halten.

Können die Gewerkschaften diese Mandatserweiterung gegenwärtig überhaupt umsetzen?

Das ist der Punkt: Diskussionen mit Betriebsräten kann ich

entnehmen, dass die Reaktionen auf diese Erweiterungsvorschläge ganz gespalten sind. Die einen sagen, wir haben im Alltag so viel zu tun, dass das, was du jetzt noch willst, für uns eine totale Überforderung ist. Also wir sind froh, wenn wir im engen Bereich etwas tun können.

Die andere Position – und darauf habe ich immer meine Argumente gerichtet – sagt: Der Energieverzehr in einer als unerträglich betrachteten Sache, die fordert Balance zu halten, ist so groß, dass für weitergehende Perspektivüberlegungen kaum mehr Potenzial zur Verfügung steht. Sozialpsychologisch betrachtet glaube ich, ist es besser, aus diesem Energieverzehr von Balancearbeit heraus zu kommen und zu sagen: Wir können jetzt im Augenblick nicht viel durchsetzen, aber wir formulieren erstens eine klare Kritik eben des Systems, unter dem so etwas passiert und zweitens klare Perspektiven.

Im Augenblick herrscht bei den Mitgliedern vorwiegend die depressive Stimmung vor, dass sie eigentlich gar nicht mehr erwarten, dass sich die Situation verbessert, weil die Poli-



Proteste gegen Sozialabbau. Prof. Dr. Negt: „Die Verteidigung von sozialen Errungenschaften, von Kampfergebnissen gehört zentral zur Aufgabe der Gewerkschaften.“
Fotos: GdP

tik gewerkschaftliches Engagement kaum noch zur Kenntnis nimmt. Aber das hat etwas damit zu tun, dass eine Form des Kapitalismus sich gebildet hat, den es so im Nachkriegsdeutschland nicht gegeben hat: Der Kapitalismus funktioniert zum ersten Mal so, wie Marx es in seinem Kapital beschreibt. Isoliert. Aber Ordoliberaler wie Walther Eucken und Ludwig Erhardt sagten, der Markt ist ein wichtiges Mittel, aber er kann nicht die Gesellschaft organisieren.

Seit Bismarck gibt es den Kampf um den Acht-Stunden-Tag und um bestimmte betriebliche Rechte der Arbeitnehmerschaft. Inzwischen gibt es aber Bestrebungen, fast alle diese sozialstaatlichen Barrieren gegen die aggressive Funktionsweise

des Kapitals zu zerbrechen. So entsteht der Schein, als ob der deregulierte Markt der einzige Regulator der Gesellschaft sei. Das bringt auch Gewerkschaften in Verwirrung. Im Augenblick wissen viele nicht genau, ob das für die Entwicklung der Gesellschaft richtig oder falsch ist, bzw. was man dage-

„Die Gewerkschaftsfunktionäre sind die wahre Plage in Deutschland ...

Wir werden nach dem Wahlsieg 2006 die Gewerkschaftsfunktionäre entmachten ...

Dass Frau Engelen-Kefer und Herr Bsirske gegen ihre Entmachtung Hunderttausende auf die Straße bringen werden, damit muss ich rechnen. Wir müssten solche Massenproteste im Interesse der Gesundheit Deutschlands in Kauf nehmen.“

FDP-Chef Guido Westerwelle im Focus-Interview

Westerwelle steht mit seiner harschen Gewerkschaftskritik so ziemlich allein da:

Selbst der stellvertretende FDP-Fraktionsvorsitzende im Kieler Landtag, Heinrich Garg, kritisierte die Äußerungen seines Parteichefs als „ziemlich post-pubertär“.

Auch Vertreter der Wirtschaft gingen auf Distanz. Arbeitgeber-Präsident Hund: „Wir Arbeitgeber bejahen die Tarifautonomie.“

Gesamtmittel-Präsident Martin Kannegiesser: „Das sind die Debatten der 90er Jahre. Das Wort vom Tarifkartell entspricht nicht mehr der Wirklichkeit. Wir haben inzwischen eine so große Vielfalt.“

Der Vorstandsvorsitzende des baden-württembergischen Energiekonzerns En-BW, Claasen, plädierte indes für die Beibehaltung der paritätischen Mitbestimmung. Seine eigene berufliche Erfahrung hätte ihm gezeigt, dass Gewerkschafter je nach Ertragslage eines Unternehmens zu sehr flexiblen Vereinbarungen bereit seien.

WOZU GEWERKSCHAFTEN?

gen machen kann – zumal die Ängste der Menschen, immer mehr zu verlieren, sehr groß sind.

Ich glaube, dass gegenwärtig das Durchbrechen dieses depressiven Zirkels in den Gewerkschaften sehr wichtig ist. Raus aus der Denkfalle: „Die Misere ist nun mal so, da ist nicht viel zu machen; also beschränken wir uns auf ganz kleine Erfolge.“ Solch eine Einstellung hat zur Folge, dass die Machtpositionen der Gewerkschaften öffentlich schrumpfen. Je kleiner man sich macht, desto eher wird man übersehen in der Gesellschaft.

Das hört sich nach einem langen Prozess an ...

Das kann Jahre dauern, das ist Entwicklungsgeschichte. Es gibt immer wieder Phasen, in denen eine Art Lernzyklus beginnen muss. In der gegenwärtigen Situation kann man nicht erwarten, mit einem Sprung nach vorne zu kommen, sondern das sind Einzelteile der Bewusstseinsbildung. Deshalb halte ich die politische Bildungsarbeit für so wichtig. Verstehen Sie, die politische Bildung in den Gewerkschaften. Ich plädiere daher sehr strikt für eine Veränderung der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit. Dafür wird viel Geld ausgegeben, allerdings überwiegend für arbeitsrechtliche Trainingsarbeit und weniger für politische Bildung – und politische Bildung ist sehr, sehr notwendig augenblicklich.

Ich würde sagen, in dieser Selbstverständigungsdebatte über die Funktion der Gewerkschaften stecken wir zurzeit – jedenfalls ist das die spektakuläre Reaktion auf das kleine Buch „Wozu noch Gewerkschaften“, das im Übrigen auch von Unternehmern gelesen wird.

Die wollen natürlich auch wissen, wo wir stehen. Denn machen wir uns nichts vor, auch sie brauchen die Gewerkschaften. Ich glaube, dass in den großen Betrieben die denkenden Unternehmer sehr wohl wissen, was sie an den Gewerkschaften haben – an Verhandlungskompetenz, an Sicherung des innerbetrieblichen Friedens ...

Was halten Sie von Vorwürfen, Gewerkschaften seien egoistische Besitzstandswahrer?

Die Verteidigung von sozialen Errungenschaften, von Kampfergebnissen gehört zentral zur Aufgabe der Gewerkschaften. Ohne diese Linie werden Gewerkschaften überflüssig. Die Verteidigung dieser Errungenschaften kann allerdings nur gelingen, wenn sich gleichzeitig die Perspektiven verändern, wenn nicht nur Einzelinteressen vertreten werden. Die Gewerkschaften stehen im Unterschied zu all den anderen Interessenverbänden gleichsam unter der historischen Verpflichtung, immer mehr vertreten zu müssen, als bloße Einzelinteressen ihrer Mitglieder. Die Gewerkschaftsbewegung besteht eben nicht aus der Summe der Einzelinteressen. Sie handelt letztlich solidarisch und gesamtgesellschaftlich verantwortlich.

Wenn Ihre Gewerkschaft die Beschäftigten der Polizei vertritt, so ist deren Tätigkeit natürlich auch notwendig für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die soziale, die Innere Sicherheit unserer Gesellschaft. Das heißt, wenn man jetzt daran gehen würde, hier immer weitere Einschnitte zuzulassen, würde sich das auf diesen Bereich der Gesellschaft insgesamt und damit auch auf den einzelnen Bürger auswirken.

In der GEW-Zeitschrift z. B. steht immer noch zu viel über die Gehälter der Lehrer – wem welche Gehaltsgruppen zustehen und was man für die Gehälter macht ... Zu wenig wird über die Arbeitsprozesse, die in den Schulen laufen, und über Bildung allgemein geschrieben. Wenn sich in einer Gewerkschaftszeitschrift nur die Standesinteressen wieder finden, dann ist das zu eng, sie verliert allmählich in der Öffentlichkeit das Ansehen. Und damit verliert die Organisation an öffentlichem Ansehen.

Das ist übrigens gegenwärtig Strategie etlicher Unternehmer, Politiker und Medien: Sie bemühen sich, die Gewerkschaften auf reine Interessenverbände zu reduzieren. Das halte ich für Existenz gefährdend für die Gewerkschaften, wenn so etwas gelingt.

Auch wenn seit einigen Jahren festzustellen ist, dass trotz Widerstandes der Gewerkschaften den Arbeitnehmern immer mehr finanzielle und soziale Abstriche zugemutet werden, ist sicher, dass das Niveau, von dem gekürzt wird, ohne die gewerkschaftlichen Erfolge der Jahre 1970 bis 1995 viel niedriger gewesen wäre.

Wer glaubt, sich allein und ohne Gewerkschaft gegen die vereinte Macht der zu über 90 % in den Arbeitgeberverbänden organisierten (auch öffentlichen) Arbeitgeber stellen zu können, wird schnell feststellen, wo er steht, wenn er gleichzeitig auf alle gewerkschaftlichen Erfolge verzichten müsste.

Reiner Fischer,
Niedersachsen

Der häufig gemachte Vorwurf, Gewerkschaften sind die Bremser bei der Durchführung der Reform des Sozialstaates, stimmt völlig. Die Gewerkschaften bremsen die unsäglichen Versuche der völligen Demontage des Sozialstaates und genau wie ein Auto ohne Bremsen, wäre dieser ohne Gewerkschaften schon gegen die Wand gefahren.

Ich wünsche mir von den Gewerkschaften, dass sie den neoliberalen Vorschlägen nicht nur defensiv entgegenreten. Sie sollten sich vom Image der reinen Dienstleistungsorganisation verabschieden, die aktive Mitarbeit ihrer Mitglieder mehr herausfordern und eigene Konzepte zum Umbau des Sozialstaates entwickeln und offensiv vertreten.

Uwe Petermann,
Sachsen-Anhalt

Der Grundtenor hier in der Mitgliedschaft ist: Gewerkschaften sind wichtig, aber ihr könnt ja doch nichts bewegen. Da hilft auch nicht das Aufzählen gewerkschaftlicher/personalratlicher Leistungen. Viele Kolleginnen und Kollegen sehen keinen „betriebswirtschaftlichen Nutzen“ in ihrer Mitgliedschaft, nehmen deshalb immer weniger an gewerkschaftlichen Aktivitäten teil und treten letztendlich aus.

Harald Calsow,
Niedersachsen

Rolle der Gewerkschaften: Bewahrung der Würde

Von Prof. Dr. Gesine Schwan

Bis zur Zeitenwende von 1989 haben die deutschen Gewerkschaften bei Anhängern und Gegnern eine hohe Achtung genossen. Das hat sich in den letzten 15 Jahren geändert. Vielfach wird ihnen heute vorgeworfen, sie seien zu konservativen Organisationen erstarrt, interessierten sich nur noch für jene, die Arbeit haben und hinderten durch das Beharren auf Privilegien der Arbeitnehmer die Wirtschaft daran, im globalen Wettbewerb zu bestehen.

Innerhalb der Gewerkschaften sind in der letzten Dekade einerseits erhebliche Selbstzweifel entstanden und andererseits trotzige Reaktionen gewachsen, die versuchen, das Erreichte starr zu verteidigen, um zu retten, was zu retten ist. Die Gewerkschaften fürchten ins

gliederschwund, das Abschmelzen der Milieubindungen und die zunehmende Individualisierung der Interessen, die Zunahme des Dienstleistungssektors, wo die Gewerkschaften schwer Fuß fassen können und – ganz überragend – die Globalisierung der Wirtschaft, die dem Nationalstaat als Partner der gewerkschaftlichen Politik den Handlungsspielraum nimmt, all dies rührt mehr und mehr an den Lebensnerv der Gewerkschaften.

Sollten wir die Gewerkschaften nicht lieber eingehen lassen?

Parallel dazu dominiert seit Jahren in der Öffentlichkeit eine neoliberale Angebotstheorie, die sich weitgehend von der auf staatliche Regelungen setzenden sozialen Marktwirtschaft verabschiedet hat und die Gewerkschaften als überflüssige Störenfriede betrachtet, sie allenfalls für Lohnverzicht lobt. Sollten wir die Gewerkschaften nicht lieber eingehen lassen?

„Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“ So lautet der erste Artikel unseres Grundgesetzes. Er bringt den obersten Wert der freiheitlichen Demokratie zum Ausdruck. Aber diese Würde wird in der Praxis vielfach angetastet. Immer

dort, wo der konkrete Mensch zum bloßen Mittel herabgewürdigt wird, müsste der Staat ihn eigentlich davor bewahren. Das gilt auch für die Wirtschaft.

In einer kapitalistischen Marktwirtschaft, zu der ich grundsätzlich keine Alternative sehe, fungiert der Mensch jedoch als bloßes Produktionsmittel, dessen Kosten man betriebswirtschaftlich rechnen muss. So stehen im Liberalismus die politische Logik der Würde und die wirtschaftliche Logik des Produktionsinstruments sowohl in einem gegenseitigen Ergänzungs- als auch in einem prinzipiellen Spannungsverhältnis zueinander. Diese grundsätzliche Paradoxie ist es, die die Gewerkschaften historisch hervorgebracht hat und die sie, wenn es uns wirklich um Demokratie und Menschenwürde geht, auch in Zukunft unverzichtbar macht. Denn dieser Widerspruch kann nicht prinzipiell überwunden werden – das war der totalitäre Irrtum des Kommunismus. Es bleibt nur, sie als „dauernde Aufgabe“ so zu regeln, dass weder die politische Logik der menschlichen Würde noch die ökonomische Logik der Mitteleffizienz auf der Strecke bleiben.

Ohne Gewerkschaften keine Erfolgsgeschichte Bundesrepublik

Ohne Zweifel ist das Grundgesetz in der Kategorie des Nationalstaates gedacht, ebenso wie die Gewerkschaften historisch in diesem Rahmen gehandelt haben. Dabei kam ihnen das grundlegende Verdienst zu, die Arbeitnehmer für die Demokratie gewonnen und sie durch die Mitbestimmung in die Gesellschaft integriert zu haben. Ohne sie wäre die westdeutsche Bundesrepublik nicht zur Erfolgsgeschichte geworden. Die Gewerkschaften haben zu den nicht so zahlreichen deutschen Instituti-

Dringender und erforderlicher denn je sind Gewerkschaften in dieser Zeit. Wer sonst sollte wohl Arbeitgeber, sprich Dienstherrn, aufhalten, wenn es um die Beschneidung von Rechten, Besoldung und weiteren soziale Errungenschaften geht. Wichtig ist aber auch, dass die Funktionäre funktionieren und die Mitglieder mitmachen.
Hartwig Frede, KG Gifhorn

Mit Erschrecken muss ich feststellen, dass dem kleinen Beamten wieder Geld weggenommen wird, ohne diesen überhaupt erst mal um seine Meinung zu fragen. Für mich ist es eine Sauerei, was man mit uns macht. Nicht nur, dass unser DUZ vom Jahr 2004 immer noch nicht gezahlt wurde, sondern es werden immer wieder neue Dinge erfunden, um dem kleinen Beamten seinen letzten Groschen zu klauen. Wie lange soll das Spiel noch gehen? Bis wir irgendwann mal Geld mitbringen müssen, um Arbeiten zu dürfen? Handelt endlich! Ich bin dabei und bestimmt nicht der Einzige.
Peter Maul, Thüringen

Im Zeichen immer größer werdender Sparmaßnahmen in Niedersachsen und darüber hinaus müssen alle Arbeitnehmer real immer tiefer in die Tasche greifen. Obwohl das Ende der Fahnenstange noch lange nicht in Sicht ist, bin ich der festen Überzeugung, dass es heute wichtiger denn je ist, starke Gewerkschaften als Sprachrohr der Arbeitnehmerschaft zu haben. Diese müssen allen Verantwortungsträgern klar machen, das Sparen nicht bei den Unternehmern oder auch den politisch Handelnden aufhören darf.
Rudolf Schulz, Niedersachsen

Wir brauchen Gewerkschaften, weil sonst die Politiker und Arbeitgeber die letzte Scham davor verlieren, den Lohn- und Gehaltsempfängern bis über die Ellenbogen in die Taschen zu greifen und sie als willfährige Manövriermasse zu betrachten. Jedes Gewerkschaftsmitglied hat auch eine Wählerstimme!
Horst Hinzberg, Niedersachsen



Prof. Dr. Gesine Schwan, Präsidentin der Europa-Universität Viadrina, hatte zur diesjährigen GdP-Pressenfahrt im April die Teilnehmer in die Viadrina zu einem interessanten Vortrag eingeladen. Auf dem Foto mit GdP-Bundesvorsitzendem Konrad Freiberg.

Foto: tetz

Abseits zu driften. In der Tat bläst ihnen der wirtschaftliche und soziale Wind seit Jahren ins Gesicht. Geringe Wachstumsraten, hohe Arbeitslosigkeit, Mit-

WOZU GEWERKSCHAFTEN?

Wenn wir schon nichts mehr verhindern können, sollten wir doch versuchen, mitzugestalten. Nur in Gewerkschaften und Personalräten ist es möglich, dem harten Kurs der Landesregierung zu begegnen. Allein bewirken wir nichts. Wer hört schon auf den einzelnen unbekanntenen Beamten. Doch wenn eine Gewerkschaft diese Meinung zum Thema macht, findet sie auch Gehör.

Die Gewerkschaften innerhalb der Polizei müssten enger zusammenrücken. Es ist unmöglich, dass einzelne Gewerkschaften von der Politik in Beschlag genommen werden können, die dann auch noch die Forderungen der Politik unterstützen.

Andererseits kann es auch nicht sein, dass sich Gewerkschaften auf althergebrachte Standpunkte zurückziehen und die Zeichen der Zeit nicht erkennen.

Frank Grube, KG Northeim

Die Gewerkschaft bieten allen die Möglichkeit der Interessenvertretung, ich muss diese Möglichkeit nur nutzen und aktiv werden. Und Aktivität ist auch Teilnahme. Denn wer teilnimmt, kann mitreden und mitbestimmen, hat Einfluss auf Entscheidungen und Entwicklungen, auch wenn nicht jede seiner eigenen Forderungen umgesetzt wird.

Jens Häupl, Sachsen-Anhalt

onen gehört, die im Nationalsozialismus ihre Integrität bewahrt haben. Sie konnten deshalb mit ihrem Vertrauenskapital, anders als viele im Nationalsozialismus diskreditierte Unternehmer, erreichen, dass die Alliierten nach dem Krieg nicht alles demontieren ließen und dass – jedenfalls Westdeutschland – auch wirtschaftlich relativ schnell wieder auf die Beine kam.

Seit dem Ende des Ost-West-Konflikts hat sich der Prozess der Globalisierung so beschleunigt und radikalisiert, dass die bisher von den Gewerkschaften im Rahmen des Nationalstaats praktizierte Balance zwischen Gemeinwohl und Partikularinteresse und damit ihre Schutzfunktion für die Arbeitnehmer radikal infrage gestellt ist. Ideologisch machen dieser Balance zurzeit zwei Positionen den Garaus: Die eine behauptet, der Markt allein erreiche,

wenn man ihn nur ohne hemmende Regulierungen wirken lasse, das bestmögliche wirtschaftliche Ergebnis. Die andere bestreitet überhaupt, dass es im globalen ökonomischen Wettbewerb noch einen politischen Handlungsspielraum gibt.

Beide Positionen kümmern sich nicht ausdrücklich um die Frage, wie es denn dabei mit der Würde des Menschen bestellt sei. Sie sehen sich ausschließlich verantwortlich für die Effizienz des Wirtschaftssektors und verweisen die Verteidigung der menschlichen Würde als Aufgabe an die Politik. Für die sind sie konstruktiv nicht zuständig, kritisch abweisend allerdings schon in dem Sinne, dass sie sich gegen möglichst alle so genannten politischen Fesseln ihres wirtschaftlichen Handelns wehren. Und wenn es geht auch gegen das Zahlen von Steuern.

Mitbestimmung ist Standortvorteil

Herr Bundeskanzler, braucht Deutschland starke Gewerkschaften?

Ganz sicher. Starke und durchsetzungsfähige Gewerkschaften gehören zu unserer sozialen Marktwirtschaft. Wir brauchen verantwortungsbewusste und handlungsfähige Gewerkschaften, die gemeinsam mit der Politik die notwendigen Veränderungsprozesse sozial gerecht gestalten. Sie können wesentlich mit dazu beitragen, soziale Schiefereien und eine Gefährdung des inneren und sozialen Friedens zu vermeiden, und sind deswegen für uns auch zukünftig ein unverzichtbarer Partner.

Haben Gewerkschaften momentan unter all den Sparzwängen und wirtschaftlichen Anspannungen überhaupt noch eine Chance, Erfolge zu erreichen?

Gerade in schwierigen Zeiten gewinnen gewerkschaftli-

Und wie sieht der Kanzler die Gewerkschaften?

Im Rahmen seines Besuchs am 2. August bei der GdP ergab sich die Möglichkeit für ein Interview mit Bundeskanzler Gerhard Schröder. Die Fragen stellte Marion Tetzner.

che Aktionsfelder besondere Bedeutung. Es geht in der Tarifpolitik nicht mehr nur um höhere Löhne, sondern auch um tarifliche Altersvorsorge, betriebliche Qualifizierung, um die Schaffung von Ausbildungsplätzen und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Auf diesen Feldern geben die deutschen Gewerkschaften durch innovative Vereinbarungen immer wieder wichtige Impulse. Sie sind daher eine unverzichtbare Kraft, wenn es darum geht, soziale Gerechtigkeit in unserem Land zu bewahren.

Wie schätzen Sie die Stärken der Gewerkschaften ein? Worauf führen Sie diese zurück?

Die Gewerkschaften sind die wichtigsten Vertreter der

Arbeitnehmerseite im Arbeitsleben. Mit ihren vielen engagierten Mitgliedern, in Betrieben und Verwaltungen sind sie an der Basis fest verwurzelt und gewährleisten gleichzeitig die betriebsübergreifende Solidarität der Arbeitnehmer. Dies ist eine Stärke, aus der die Gewerkschaften Kraft, aber auch Verantwortung für die Mitgestaltung der Arbeitswelt beziehen.

Welche Handlungsfelder sehen Sie gegenwärtig und künftig für Gewerkschaften?

Ich denke, die Tarifautonomie ist und bleibt das Haupthandlungsfeld der Gewerkschaften. Hier weist das Grundgesetz den Tarifpartnern die alleinige Gestaltungsverantwortung zu. Innerhalb der Tarifautonomie sind

die Tarifverträge die wichtigste Grundlage zur Regelung der Arbeitsbeziehungen. Hierzu gibt es keine Alternative. Gerade die Sicherung und der Aufbau von Beschäftigung sind zu wichtigen Aufgaben der Tarifvertragspartner geworden. Sie haben es gemeinsam in der Hand, das Verhältnis von tariflicher Sicherheit und erforderlicher Flexibilität fair und beschäftigungsorientiert



Die Würde des Menschen bleibt eine zentrale Herausforderung

Da für die Gewerkschaften aber – wie eigentlich für alle Bürger – die Würde des Menschen eine zentrale Herausforderung bleibt, entsteht faktisch ein Graben zwischen Politik und Wirtschaft, in dem die Legitimation der Demokratie und ihre Verankerung im Denken und Fühlen der Menschen verloren zu gehen drohen. Vertieft wird dieser durch die zunehmend asymmetrische Machtverteilung zwischen den international schnell und flexibel agierenden Kapitaleignern einerseits und den ortsgebundenen abhängig Beschäftigten andererseits, die ihr traditionell wichtigstes Sanktionsinstrument, den Streik, wegen der hohen Arbeitslosigkeit gegenwärtig praktisch nicht einsetzen können.

In dieser Situation liegt die überaus schwierige, aber auch chancenreiche Aufgabe der Gewerkschaften für die Zukunft darin, die Kompetenz, die sie in ihrer Geschichte vielfach bewiesen haben, nämlich praktisch-politisch weitsichtig immer wieder zwischen Partikularinteressen und Gemeinwohl zu vermitteln, auch angesichts der neuen globalen Wettbewerbsbedingungen fantasievoll fortzuentwickeln und die Arbeitgeber in diese Balance einzubeziehen. Das mag angesichts des gegenwärtigen Machtungleichgewichts illusionär klingen. Aber die alte Hegelsche Idee des Verhältnisses von Herr und Knecht, nach der der Herr zwar genauso vom System unterdrückt wird wie der Knecht, dies aber wegen der vordergründigen Annehmlichkeit seiner Situation nicht durchschaut, könnte sich erneut als aktuell erweisen. Ebenso wie die

Gewerkschaften müssen sein,

- sonst hätten wir heute noch Kinderarbeit,
- sonst müssten wir statt 40 Stunden, 50 Stunden arbeiten,
- sonst hätten wir kein Mitbestimmungsrecht durch die Personalräte,
- sonst hätten wir noch weniger Geld zur Verfügung,
- sonst hätten wir weniger Urlaub bzw. Freizeit,
- sonst, sonst, sonst ...

Die Gewerkschaften können heute nur noch durch direkte Demokratie wirken. Nur die „Angst“ der Abgeordneten vor ihrer direkten Verantwortung ermöglicht Einfluss.

Und nur organisierte Interessen können einen Gegen-

pol zum Einfluss des Kapitals bilden. Gewerkschaften sind in einer Demokratie unverzichtbar.

Als Negativbeispiele kann man die USA und England besichtigen, wo der Einfluss der Gewerkschaften marginalisiert wurde.

**Bezirkgruppe LKA,
Niedersachsen**

Wir brauchen Gewerkschaften, um Meinungen und Interessen zu bündeln und als politisch engagierte Gemeinschaft aufzutreten, damit alle Beschäftigten des öffentlichen Dienstes adäquat vertreten werden können.

**Lothar Bayer,
Pk Wunstorf**



Gerhard Schröder bei der GdP: Möglichkeit zu intensivem Gedankenaustausch Foto: tetz

auszugestalten. Was mir ganz wichtig ist: die Tarifautonomie hat sich bewährt. Wir müssen sie verteidigen.

Welchen Stellenwert in unserer Demokratie räumen Sie der Mitbestimmung ein?

Die Mitbestimmung ist ein Kernbestandteil der sozialen

Marktwirtschaft. Der Grundsatz der Teilhabe macht nicht vor den Betriebstoren halt.

Die Mitbestimmung sichert den Beschäftigten Rechte und Mitsprachemöglichkeiten. Sie stärkt die Akzeptanz von Unternehmensentscheidungen und bindet Engagement und Kompe-

tenz der Beschäftigten ein. Die Mitbestimmung ist ein Standortvorteil und leistet einen wichtigen Beitrag zum sozialen Frieden in Deutschland. Sie hat Deutschland stark gemacht. Für mich, für die SPD, für die Bundesregierung ist klar:

Die Mitbestimmung darf nicht angetastet werden.

U. a. im Interview mit DIE ZEIT vom 25. Mai dieses Jahres verweisen Sie darauf, dass Sie schon immer gesagt haben, Gewerkschaften müssen sich verändern. Wie?

Wenn sich die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen fundamental verändern, dann müssen alle auf diese Veränderungen reagieren. Das gilt für Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften gleichermaßen. Und die Gewerkschaften haben reagiert. Die letzten Tarifabschlüsse mit hoch differenzierten und passgenauen Lösungen sind ein Beweis dafür, dass die Gewerkschaften bereit sind, ein hohes Maß an Flexibilität zuzulassen. Die Gewerkschaften haben außerdem erkannt, dass die nationale Gewerkschaftspolitik durch eine starke europäische Komponente ergänzt werden muss, wenn wir gemeinsam ein soziales Europa schaffen wollen. Wichtig ist, dass die Veränderungen aus den Gewerkschaften selbst kommen. Insofern will ich hier keine Ratschläge von Außen geben.

WOZU GEWERKSCHAFTEN?

Wozu heute noch Gewerkschaften? Diese Frage stellt sich in der Tat. Die Stimmung unter den Kolleginnen und Kollegen ist auf dem Nullpunkt. Man fühlt sich von den Politikern belogen und betrogen. Die Worte „Was machen die Gewerkschaften denn noch für uns?“ fallen nicht selten. So richtig ist niemand mehr an einer Demo zur Durchsetzung der Forderungen interessiert. Ein Kollege wörtlich „Ich stelle mich doch nicht mehr mit einer Pappnasse vor den Landtag, man fühlt sich verarscht. Die Politiker lachen doch über einen und erreicht wird ja doch nichts.“

*Horst Mauritschat,
KG Wesermarsch*

Ich möchte nicht einmal im Traum daran denken, was uns die Politik noch an weiteren Schandtaten aufgebürdet hätte, wenn unsere GDP nicht dagegenhalten würde.

Peter Sperling, PI Harburg

„Wozu heute noch Gewerkschaften?“ Weil ich gern zur Arbeit gehe und die GDP sich dafür einsetzt, dass das so bleiben kann. Trotz allem.

*Ralf Hermes,
KG-Vorsitzender Hameln-
Pymont*

Für mich als Beschäftigte bietet die Gewerkschaft die Möglichkeit, an den Veränderungsprozessen mitzugestalten. Veränderung muss nicht gleichzeitig Abbau der sozialen Gerechtigkeit bedeuten. Während einer Legislaturperiode habe ich als Einzelperson keine Möglichkeit, zeitnah politische Entscheidungen und die monetären Interessen der Wirtschaft zu beeinflussen.

*Susanne Klose,
KG Herford*

Einsicht von Karl Deutsch, der mit der Ohnmachtserfahrung des jüdischen Emigranten später als Harvard-Professor Macht sinngemäß als die Möglichkeit definiert hat, nicht lernen zu müssen, weil man sich auch ohne Intelligenz durchsetzen kann. Die Gewerkschaften dagegen mussten immer und müssen nun erneut

„ **Die Gewerkschaften dagegen mussten immer und müssen nun erneut lernen, weil sie im gesellschaftlichen Machtgleichgewicht zurzeit eher schwach sind.** “

lernen, weil sie im gesellschaftlichen Machtgleichgewicht zurzeit eher schwach sind. Und sie haben auf diese Weise die Chance, sich auf längere Sicht denen als überlegen zu erweisen, die glauben, nicht lernen zu müssen.

Chance auf neue Verbündete und Partner-schaften

Die Gewerkschaften haben durchaus die Chance, weitere Verbündete in der Gesellschaft zu finden, wenn sie mit undogmatischen Vorschlägen auf unvermeidbare neue Entwicklungen der ökonomischen Globalisierung eingehen. Seit Jahren können wir erkennen, dass demokratische Politik um der Würde des Menschen willen von der kommunalen bis zur globalen Ebene zunehmend auf eine „Good Governance“ angewiesen ist, in der die traditionell demokratisch legitimierten Parlamente und Regierungen mit Wirtschaftsunternehmen und zivilgesellschaftlichen Organisationen zusammenarbeiten und auf diese Weise zu flexiblen und glaubwürdigen Lösungen gelangen. Die Gewerkschaften können dabei von ihrem Menschen-

und Gesellschaftsbild her und mit ihren konkreten Erfahrungen in der Wirtschaft ein besonders dynamischer und kenntnisreicher Partner sein.

Das deutsche Gewerkschafts- und Mitbestimmungssystem beruhte historisch auf dem Prinzip der „antagonistischen Kooperation“, die Gegnerschaft und Zusammenarbeit auch institutionell zusammenführte. Gewerkschaftliche Tarifpolitik markierte das antagonistische, die Betriebsräte das kooperative, auf die Friedenspflicht ausgerichtete Element.

„ **Die Gewerkschaften können dabei von ihrem Menschen- und Gesellschaftsbild her und mit ihren konkreten Erfahrungen in der Wirtschaft ein besonders dynamischer und kenntnisreicher Partner sein.** “

Verbunden waren beide unter anderem über das System der gewerkschaftlichen Vertrauensleute. Auch auf der Ebene der Unternehmensmitbestimmung hatte sich in Deutschland ein System von Interessengensatz und Kooperation herausgebildet, das die Wettbewerbsposition deutscher Unternehmen durch-aus stärkte. Eine von den Gewerkschaften bereits erkannte Aufgabe wird es in Zukunft sein, für internationale Unternehmen angemessene Repräsentationsformen zu finden, die die Vertretung nicht-deutscher Arbeitnehmer einbeziehen und mit nicht-deutschem Recht zu vereinbaren sind.

Politik und Strukturen europäisieren

Mit der Internationalisierung der Unternehmen und ihrer Tä-

tigkeit im globalen Wettbewerb steigert sich die Notwendigkeit der Flexibilisierung und Dezentralisierung von Strukturen und Entscheidungen. Dies ist auch einer der Gründe für die so genannte Verbetrieblung von Lohnvereinbarungen, die sich europaweit vollzieht und den Flächentarifvertrag unterhöhlt. Die Europäischen Betriebsräte sind eine der Antworten auf diese Entwicklung. Sie erfahren durch die Dezentralisierung der Tarifpolitik eine latente Aufwertung. Die Interessen der Arbeitnehmer können sie vor allem dann unterstützen, wenn die nationalen Gewerkschaften eine europäische Tarifpolitik zu einer dauerhaft wichtigen Agenda machen.

Bei den Europäischen Betriebsräten schneiden sich gleichsam die beiden epochalen Trends der Globalisierung und der „Verbetrieblung“. Sie stellen die Gewerkschaften vor die zentrale Herausforderung, ihre Politik und ihre Strukturen zu europäisieren und tendenziell zu globalisieren.

Die Europäische Union wird in dem Maße zu einer demokratischen und sozialen Erfolgsgeschichte werden, wie es den Gewerkschaften gelingt, eine ge-

„ **Die Interessen der Arbeitnehmer können sie vor allem dann unterstützen, wenn die nationalen Gewerkschaften eine europäische Tarifpolitik zu einer dauerhaft wichtigen Agenda machen.** “

meinsame europäische Entwicklungsstrategie zu entwerfen, die nationale Interessen (zum Beispiel hinsichtlich von Steuer- und Lohnpolitik) mit langfristigen Sicherheitsinteressen aller europäischen Arbeitnehmer zu

vermitteln vermag. Sie würden in der EU dann das leisten, wofür sie sich im demokratischen Nationalstaat verdient gemacht haben: die Integration der sozial Schwachen in die demokratische Politik.

Der Schlüssel zu einer solchen Modernisierung der Gewerkschaften liegt vermutlich in der verstärkten Konzentration auf technologische, ökonomische und soziale Innovationen als Quelle von Wertschöpfung, also in einem Perspektivwechsel von der vorrangigen Erhaltung des Bestehenden hin zur möglichen Vorwegnahme marktnaher und zugleich gemeinwohlverträglicher Zukunftsentwicklungen. In weltweit agierenden Großunternehmen haben sie daran ein eigenständigeres Interesse als die Kapitalgeber. Hier ist auch der Ort fruchtbarer Kooperationen mit der Zivilgesellschaft.

Wir leben in einer Welt, die sich immerfort wandelt und in der gemeinsames Handeln auf die freiwillige Zustimmung der Handelnden angewiesen ist. Aussicht auf dauerhaften Bestand haben dabei nur gemeinsame grundlegende Werte. Die Würde des Menschen ist der Wert, dessen Dauerhaftigkeit als Wunsch aller Menschen jedenfalls für sich, aber auch für die anderen und als Grundlage der Zusammenarbeit besonders verlässlich ist. Ohne den Glauben daran, dass die Menschen bei aller Begrenztheit und bei allem Egoismus doch auch genügend Fähigkeit zu konstruktiver Zusammenarbeit haben, wird es uns schwer fallen, den notwendigen Impetus für die Zukunft aufzubringen.

Die Gewerkschaften haben eben diesen Glauben an den Menschen in ihrer bisherigen Geschichte eindrucksvoll unter Beweis gestellt. Dies ist das beste Unterpfand für ihre und für unsere gemeinsame demokratische Zukunft, auch unter den Bedingungen der Globalisierung.

Gewerkschaften dienen der Motivation von Mitgliedern aber auch von Nichtmitgliedern.

Die Gewerkschaft ist mein Vermittler zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern.

Gewerkschaften bieten „Schutz vor dem Arbeitgeber“ und verhindern, dass wir über den Tisch gezogen werden!

Gewerkschaften sind wichtig zur Durchsetzung von Tarifverträgen.

Gewerkschaften bieten grundsätzliche Unterstützung bei allen arbeitsrechtlichen Maßnahmen.

Ohne Gewerkschaften geht es in die Leibeigenschaft!

Wir alle sind die Gewerkschaft.

Meinungen von Seminarteilnehmern aus Alt Töplitz, zusammengestellt von Jörn Clasen, Hamburg

Als langjähriges und nun auch enttäushtes Mitglied fordere ich Euch auf, endlich etwas gegen die „bornierte“ Thüringer Landesregierung zu tun. Es kann nicht sein, dass neben der gekürzten Sonderzahlung und dem gestrichenen Urlaubsgeld nun auch noch die Wochenzeit auf 42 Stunden steigt. Dies ist ein realer Einkommensverlust für uns alle. Ganz zu schweigen von den miesen Beförderungszahlen 2005.

Ich frage mich ernsthaft wofür ich noch über 10 Euro Mitgliedsbeitrag im Monat zahle. Sicher ich bekomme dafür eine umfangreiche Absicherung, welche ich auch privat habe und die monatliche GdP-Zeitung. Setzt endlich aussichtsreiche Aktionen in Gange, damit auch mein Beitrag sinnvoll eingesetzt wird. Ansonsten kann ich mir die 10 Euro getrost sparen und so den realen Einkommensverlust wenigstens ein bisschen ausgleichen.

Kai Faulstich, Thüringen

Fragebogen zu berufsbedingten Belastungen im Polizeidienst – Erste Erfahrungen –

Im April 2005 startete die erste Phase einer Online-Befragung, die sich mit dem Ausmaß und den Auswirkungen berufsbedingter Belastungen von Polizeibeamten/innen befasst. Die Befragung ist Teil eines Forschungsprojektes zu psychischen Belastungen innerhalb der Polizeiarbeit. Im Rahmen dieser Forschungsarbeit ist ein polizei-spezifischer Fragebogen zur Selbsteinschätzung der eigenen beruflichen Belastung entwickelt worden. Der Fragebogen wird gegenwärtig online erprobt und wissenschaftlich bewertet.



Belastend: Nicht selten werden Polizistinnen und Polizisten bei ihren Einsätzen angegriffen – wie am 8. Juni diesen Jahres in Ossenfeld bei Göttingen. Foto: ddp

Der Fragebogen umfasst Belastungssituationen, die aus dem beruflichen Tätigkeitsfeld erwachsen können. Dazu zählen einzelne schwere Belastungen (Extremsituationen), aber auch chronische berufliche Belastungen (z. B. der Schichtdienst) und/oder alltägliche „Ärgernisse“ (z. B. Ärger mit Kollegen oder ein hoher Vorgangsdruck). Er soll

Polizeibeamt/innen helfen, ihr eigenes aktuelles Belastungsausmaß aufgrund beruflicher Anforderungen realistisch einschätzen und selbst reflektieren zu können. Darüber hinaus sollen Kollegen/innen über die Auswertung des Fragebogens Empfehlungen und Hinweise zur Verringerung ihres persönlichen Belastungs- und Beanspruchungsniveaus er-

halten. Über 800 Rückmeldungen sind seit Beginn der Online-Befragung bereits eingegangen.

So empfinden einige Teilnehmer/innen es als hilfreich, dass der Fragebogen sie bei der

Reflexion ihrer beruflichen Belastung unterstützt – ein Aspekt, mit dem sich einige Polizeibeamte/innen oft allein gelassen fühlen. Die Möglichkeit, den Fragebogen für sich selbst anonym und ohne hinzuziehen von Dritten zu bearbeiten, wird als gewinnbringend erlebt. Die Beamten/innen erhalten eine Einschätzung ihrer beruflichen Belastung, ohne die Sorge haben zu müssen, dass z. B. Kollegen/innen über sie „tuscheln“ und/oder sie „abstem-peln“ – oder sich gar Sorgen um ihren weiteren beruflichen Werdegang machen zu müssen. Weiterhin wurde von verschiedenen Kollegen/innen positiv bewertet, dass der Fragebogen nicht ausschließlich auf extreme Einsatzsituationen zugeschnitten ist, sondern es ermöglicht, eher alltägliche oder immer wiederkehrende Belastungen zu benennen und zu reflektieren.

Durch die Online-Befragung wird bei den Mitarbeitern/innen eine gewisse Erwartungshaltung geweckt. Einige Teilnehmer/innen hoffen, dass sich durch diese Befragungen insbesondere hinsichtlich der Gesundheitsbetreuung der Beamten/innen etwas ändern wird. Andere weisen auf die Gefahr der Nicht-Veränderung hin.

Die Projektgruppe nimmt dies als deutliche Signale sehr ernst. So werden zukünftige Maßnahmen, Planungen und Veröffentlichungen im Rahmen des Forschungsprojektes vor allem maximale Transparenz und Umsetzbarkeit der Ergebnisse berücksichtigen. Es darf nicht der Eindruck entstehen, dass die Umsetzung der aus den Ergebnissen ableitbaren Maßnahmen im Sande verläuft.

Allen, die sich an der Online-Befragung beteiligen und damit das Forschungsprojekt unterstützen, möchte ich im Namen des beteiligten Forschungsteams ausdrücklich danken.

**Reiner Reinecke,
IAF der Polizei NRW**

Teilnahme an der Online-Befragung:

Ziel des Forschungsvorhabens ist es, einen polizei-spezifischen Fragebogen zur Selbsteinschätzung der psychischen Belastung innerhalb der Polizeiarbeit zu entwickeln, dessen Auswertung Rückschlüsse auf den Grad der Belastung des Betroffenen zulässt.

Der Fragebogen ist z. Z. in der Erprobung. Teilnehmen an der Online-Befragung können alle Mitarbeiter/innen der Polizei bundesweit – unabhängig von der gegenwärtigen Funktion oder Verwendung. Alle Angaben die Sie im Fragebogen machen, werden selbstverständlich anonym und vertraulich behandelt.

Im Intranet der Polizei NRW finden Sie das Instrument unter <http://web2.muenster-pfi.polizei.nrw.de/opti> und im Internet unter <http://www.opti-online.de>

Das Forschungsvorhaben wird durch die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) gefördert und durch das Institut für Aus- und Fortbildung der Polizei NRW (IAF), Fachbereich Management und Führung (LPD U. Weiss) in Kooperation mit der Universitätsklinik Münster (UKM), Klinik und Poliklinik für Psychosomatik und Psychotherapie (Prof. Dr. G. Heuft) durchgeführt.

Findelkind Verwaltung

„Bürokratie“ steht heutzutage negativ für aufwändige Behördenapparate und übertriebenen Ressourcenverbrauch. Die Entscheidungsprozesse werden als schwerfällig beschrieben und Planungsversessenheit unterstellt. Von seiner ursprünglichen Bedeutung meint Bürokratie aber das Vorhandensein eines spezialisierten Verwaltungsstabes in Form des Beamtenapparates. Deswegen Strukturen sind bis heute gekennzeichnet von Sachlichkeit, Unpersönlichkeit und Berechenbarkeit einer Herrschafts- und Verwaltungspraxis.

Daran haben auch die Jahrzehnte dauernden Bemühungen zum Thema Verwaltungsmodernisierung nicht viel geändert.

„Und Salomo hatte zwölf Amtleute über ganz Israel, die den König und sein Haus versorgten“ (1. Könige, Kapitel 4).

Bürokratie (französisch: bureaucratie) ist ein Kunstwort, zusammengesetzt aus dem französischen bureau und dem griechischen kratia (Herrschaft). Es bedeutet demnach „Büroherrschaft“.

Umgangssprachlich richtet sich der Vorwurf „Bürokratie!“ oft gegen einen als übertrieben empfundenen Regelungswillen, welcher die Einhaltung von Verwaltungsregeln vor ihren Nutzen für die Bürger und Antragsteller stellt. Mit dem Fachterminus „Bürokratismus“ wird eine bürokratisch überzogene Handlungsorientierung kritisiert, die gegebene Vorschriften über den Menschen stellt, ihn weitgehend als Ding behandelt und funktionalisiert.

Wer heute, 2005 nach Chr., in eine Suchmaschine den Begriff Bürokratieabbau eingibt, bekommt ca. 182.000 Einträge geliefert. Die bisherigen Vorschläge zum Bürokratieabbau haben regelrechten Wettbewerbscharakter, sie sind vielfältig, aber im Wesentlichen unkoordiniert. Es mag sein, dass Politik mehr versprochen hat,

als der Staat halten kann.

Aufgabenvielfalt und Anspruch haben sich seit König Salomo geändert. Staatsaufgaben machen eine Gliederung erforderlich.

Von der Spitze seiner Hierarchie blickt der politisch Verantwortliche herab auf sauberlich getrennte Aufgaben und Verantwortungsbereiche innerhalb der Behördenlandschaft. Aus dieser Perspektive sehen alle



„Eine zu starke Bürokratie ist eine Gefahr für die Freiheit der Bürger, weil die Bürokratie zu einer Art herrschender Klasse wird.“

Sir Karl R. Popper am 28.11.90 in Kenlay

Einrichtungen und Organisationsspinnen gleich aus. Die bisherigen Absichten, Verwaltung zu modernisieren, unterscheiden nicht nach Eingriffs- oder Leistungsverwaltung. Das Manko besteht daher z. B. darin, dass die Leistungen einer Baurechtsbehörde denen einer Polizeibehörde gleichgesetzt werden.

Schlanker Staat durch Personal- und Stellenabbau?

Seit Jahren ist es bei allen Parteien üblich, nach dem „schlanken

Staat“ zu rufen. In diesem Zusammenhang wird auch immer wieder die Höhe der Staatsquote beklagt, also jene Kosten, die zur Erledigung der Staatsaufgaben notwendig sind.

So hat jede Partei, die in einem Parlament vertreten ist, in ihrem politischen Angebot „Bürokratieabbau.“ Partei übergreifend werden zwei markante Lösungs-

gen Stand der Verwaltungsreform erarbeitet (siehe nachfolgenden Beitrag). Der Bundesvorstand hat die Positionen der Polizeiverwaltung auf seiner letzten Sitzung angenommen.

Die Verwaltungsangehörigen in der Polizei sind Bestandteil der gesamten Organisation, die für die Aufgabe „Innere Sicherheit“ zuständig ist. An dieser Stelle werden die Angehörigen der Verwaltung der Polizeien allerdings zu „Findelkindern“. „Geboren“, um staatliches Handeln effizienter zu organisieren. So jedenfalls die Grundidee des Soziologen Max Weber (1864-1920).

Doch ebenso wie polizeiliche Arbeit kein Selbstzweck ist, entlastet der Verwaltungsteil durch seinen Service den operativen Bereich von Verwaltungstätigkeiten. In der öffentlichen Debatte wird leider häufig verkannt, dass Personalabbau bei der internen Dienstleistung mit einer Belastung für die Aufgabewahrnehmung insgesamt einhergeht.

Die „Interpretationshoheit“ definiert Bürokratieabbau dennoch weiterhin mit Personalabbau. Es ist zu bequem und populistisch undifferenziert, „die“ Verwaltung an den Pranger zu stellen. Personalabbau unterstellt, dass einzig der Einzelne verantwortlich ist für die Schwerfälligkeit eines Apparates. Sicherlich trifft das Zitat des Philosophen Karl R. Popper auf Einzelfälle zu: „Sie enthalten unzählige Westentaschendiktatoren, die praktisch nie für ihre Taten und Unterlassungen zur Verantwortung gezogen werden.“ Aber vielmehr zwingt ein Geflecht aus Gesetzen, Verordnungen, Erlassen und Gerichtsurteilen die Menschen, sich unflexibel und bürokratisch zu verhalten.

ansätze angeboten: Personalabbau und Stellenabbau.

Die Adressaten des Verwaltungshandelns, die Bürger, sind nur Betroffene, aber nicht Beteiligte im Machtspiel der Verwaltung und der Politik. Der Bürger kommt dann erst in seiner Rolle als Staatsbürger zum tragen, wenn das Thema „Bürokratieabbau“ zum Wahlkampfthema wird.

Die in unserer Gewerkschaft organisierten Verwaltungsangehörigen haben sich mit ihrer Situation auseinandergesetzt und ein Positionspapier als Diskussionsgrundlage zum gegenwärtigen

Privatisierung mit Negativfolgen

Alternativ wird Personalabbau durch Abgabe von Aufgaben der

Positionen der Polizeiverwaltung



Polizei vollzogen. Diese Variante machen Behörden der Inneren Sicherheit abhängig von polizeifremden Dienstleistern. Für die Abhängigkeit ist es dabei vollkommen unerheblich ob es sich um ein Gebäudemanagement oder Fahrzeuginstandhaltung handelt. Es wird eine interne Dienstleistung für die Innere Sicherheit privatisiert. Eine Folgeabschätzung für die sensible Aufgabenerledigung der Inneren Sicherheit wird verdrängt.

Mag sein, dass das Modell einer bürokratisch-zentralistischen Steuerung nach dem Soziologen Max Weber nicht mehr zeitgemäß ist. Doch die dazu entwickelten Alternativen haben sich theoretisch zwar als idealtypisch, in der Praxis aber als nicht weniger bürokratisch erwiesen.

Ein erster Schritt wäre daher ein radikales Umdenken in der Anerkennung und Wertschätzung der Dienstleistungen aller Verwaltungsangehörigen. Denn ihre Arbeitsleistung dient den übergeordneten Zielen der „Inneren Sicherheit“.

Weitere Schritte wären materielle Verbesserungen für die Angehörigen der Verwaltungen und die Rücknahme vermeintlicher „Optimierungsprozesse“, die sich in der Praxis nicht bewährt haben – inklusive Privatisierungen.

Jörg Radek

Die Arbeitsweise der öffentlichen Verwaltung hat sich durch die Einführung neuer Informations- und Kommunikationstechnik, eingebettet in ein Umfeld der Verwaltungsmodernisierung, nachhaltig verändert. Die Wirkung einer Vielzahl von Kräften, Strömungen und Moden begleitete diese Veränderungen.

Während die „Neuen Steuerungsmodelle“, übernommen von polizeifremden Anbietern, unter betriebswirtschaftlichen Aspekten auf der Management-Ebene ansetzen, bezieht sich E-Government auf die Arbeitsebene der Verwaltung, also auf die Leistungserstellungsprozesse und die konkreten Arbeitssituationen der Beschäftigten. Dieser Weg wird von Technikherstellern und Unternehmensberatern favorisiert. Dabei wird Softwareanwendung als Wundermittel für die Erreichung von verwaltungspolitischen Zielen gesehen, mit der Folge, dass sich überhöhte Erwartungen herausbilden.

Erfahrungen mit den zahlreichen Reformmaßnahmen bei der Polizei des Bundes und der Länder führen zu der Feststellung, dass zwischen den Reformtheorien und der tatsächlichen Reformenpraxis oft immense Unterschiede, überwiegend zum Nachteil der Polizeibeschäftigten, erkennbar sind. Denn die Reformen sind in aller Regel von massivem Personalabbau geprägt – überwiegend im Verwaltungsbereich. Die Umsetzung erfolgt unter Zuhilfenahme der „Neuen Steuerungselemente“ sowie neuer PC-Technik und entsprechender Software. In dieser Entwicklung bleiben Mitarbeiter oft unbeteiligt und außen stehend.

Technik lässt sich nicht nur für Modernisierung und Qualitätssteigerung des Verwaltungshandelns nutzen. Der Einsatz von digitaler Technik bietet die Chance, Arbeitsabläufe zu verbessern

und an die zeitgemäßen Anforderungen anzupassen. Ihr Einsatz sollte sich aber nicht gegen die Menschen richten, sondern gegen die Strukturen, die die Menschen zwingen; sich bürokratisch und unflexibel zu verhalten. Die Wechselwirkung zwischen Parlament, Verwaltung und Bürger muss dabei näher betrachtet werden.

Die zunehmende Ökonomisierung und fortschreitende Digitalisierung machen es der Verwaltung immer schwerer, ihre

die notwendig sind, um die mit Qualitätsmängeln behafteten und teilweise sachfremden Regeln überhaupt für die Kolleginnen und Kollegen anwendbar machen zu können. Bürokratieabbau muss zwingend ansetzen bei umfassender Aufgabenanalyse und Aufgabenkritik.

Was kann, soll und muss die Polizeiverwaltung künftig leisten?

Die Polizeiverwaltung ist kein Selbstzweck. Sie versteht sich vielmehr als moderner Dienstleister. Dennoch muss der Frage nachgegangen werden, welche Qualität und Menge an Dienst- und Serviceleistung durch die Exekutive gefordert und von der Verwaltung geleistet werden kann. Hierbei ist es unbedingt erforderlich, dass sich die Polizeiverwaltung im Klaren darüber ist, dass sie intern und extern als leistungsfähiger, kooperativer und konkurrenzfähiger Partner auftreten muss. Dabei steht die gemeinsame Aufgabe aller Polizeibeschäftigten, die Gewährleistung und Erhaltung der Inneren Sicherheit für den Staat und seine Bürger, unbedingt im Vordergrund. Personalabbau beim internen Dienstleister belastet die Aufgabenwahrnehmung Innere Sicherheit.

Die Privatisierungstendenzen haben zwischenzeitlich zur Bildung landeseigener Betriebe geführt. Feststellbar ist jedoch, dass Leistungen mit Marktbezug vermehrt ausgegliedert werden. Alle diese Dienstleistungen werden damit zur „Handelsware“. Die Ausübung demokratischer Kontrolle über die Zukunft elementarer öffentlicher Dienstleistungen wird somit praktisch unmöglich.



gesetzlichen Aufgaben zu erfüllen. Denn sie gehen einher mit einer nicht versiegenden Flut von Gesetzen, Erlassen, Ausführungsbestimmungen und zusätzlichen Verwaltungsvorschriften,



Urteile

Eheähnliche Gemeinschaft: Einkommensanrechnung ist zulässig

Die Praxis der Job-Center, bei der Gewährung von Arbeitslosengeld II das Einkommen des Partners einer eheähnlichen Lebensgemeinschaft anzurechnen, verstößt nicht gegen Verfassungsrecht. Die Tatsache, dass bei heterosexuellen eheähnlichen Lebensgemeinschaften Einkommen angerechnet wird, während bei gleichgeschlechtlichen Paaren das nur dann der Fall ist, wenn sie eine amtlich eingetragene Lebenspartnerschaft eingegangen sind, stellt keinen Verstoß gegen das Gleichheitsgebot des Grundgesetzes dar.

Sozialgericht Berlin, Beschluss vom 26. April 2005 – S 59 AS 1728/05 ER

kör.



Beamtenrecht: Keine Staats-Beihilfe für Bioresonanztherapie

Öffentliche Arbeitgeber brauchen ihren Beamten und sonstigen Berechtigten keine Beihilfe zu den Kosten für Behandlungen mittels Bioresonanztherapie oder bioelektrischer Funktionsdiagnostik zu gewähren. Grund: Diese Methoden sind weder wissenschaftlich anerkannt noch ist zu erwarten, dass dies „demnächst geschehen könnte“.

Oberverwaltungsgericht des Saarlandes, 1 Q 35/04

W. B.



Kündigung: Hohe Geldbeträge interessieren auch den Arbeitgeber

Erhält ein Arbeitnehmer von der Erbin einer von ihm beruflich betreuten Person hohe Geldbeträge als Schenkung, so kann er fristlos entlassen werden, wenn er seinen Chef nicht darüber informiert hat. Schen-

kungen mit dienstlichem Bezug müssen vom Arbeitgeber abgesegnet werden.

**Landesarbeitsgericht
Schleswig-Holstein, 3 Sa 314/04
W. B.**



Sozialauswahl: Ein Kind ist mehr als „zwei Jahre“ wert

Die im Kündigungsschutzgesetz vorgesehenen Kriterien für die Sozialauswahl bei der geplanten Kündigung von Arbeitnehmern (Betriebszugehörigkeit, Unterhaltspflichten u. a.) sind nach der Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts gleichrangig. Doch ist „angesichts des vom Grundgesetz geforderten Schutzes von Ehe und Familie“ ein für die Auswahl erstelltes Punktesystem „als rechtswidrig anzusehen“, das ein unterhaltsberechtigtes Kind nicht stärker bewertet als zwei Jahre Betriebszugehörigkeit. Das Arbeitsgericht Ludwigshafen bemerkt dazu: Eine Ermunterung zu mehr Geburten ist das nicht.“

AZ: 8 Ca 2824/04

W. B.



Falschparker: Wer Behörden „verarscht“, muss Fahrtenbuch schreiben

Werden mit dem Fahrzeug eines Halters innerhalb von acht Monaten mehr als 20 Parkverstöße begangen, zahlt der Besitzer die Verwarnungsgelder jedoch nicht und teilt er der Behörde jeweils am letzten Tag der Verjährungsfrist per Fax mit, dass seine Lebensgefährtin den Wagen gefahren hat, so kann ihm das Führen eines Fahrtenbuches auferlegt werden, wenn seine Vorgehensweise darauf schließen lässt, dass er sich „dauerhaft ungeahndet über geltende Verkehrsvorschriften hinwegsetzen“ will. (Hier wurde die Methode erkannt, weil die Lebensgefährtin bei Parkverstößen ebenso verfuhr und jeweils ihren Partner als Sünder benannte.)

Verwaltungsgericht Berlin, 11 A 301/05

W. B.



Gerhard Schröder

Angela Merkel

Joschka Fischer

Edmund Stoiber

Guido Westerwelle

Gregor Gysi

Oskar Lafontaine

BUNDESTAGSWAHL:

Was wollen die Parteien?

Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik



Nach Auffassung der SPD ist die soziale Marktwirtschaft international konkurrenzfähig und die Schaffung neuer Arbeitsplätze vorrangig die Aufgabe der Unternehmen. Sie plädiert für den **Erhalt der Sozialpartnerschaft** und bekennt sich zu starken, durchsetzungsfähigen Gewerkschaften sowie zur unternehmerischen Mitbestimmung und zu Arbeitnehmerrechten. Gesetzliche Eingriffe in die **Tarifautonomie** lehnt sie ausdrücklich ab.

Für die SPD ist die Arbeitslosigkeit das schwerwiegendste und schmerzlichste Problem. Ein ausgewogener Mix von **Angebots- und Nachfragepolitik** – ergänzt durch steuerpolitische Anreize – soll zusätzliche Investitionen und damit höheres Wachstum und mehr Arbeitsplätze schaffen. Generelle **Arbeitszeitverlängerung** mit dem Ziel der faktischen Lohnkürzung hält die SPD für den falschen Weg. **Illegale Beschäftigung** will die SPD massiv bekämpfen, das **Arbeitnehmer-Entsendegesetz** auf alle Branchen ausweiten sowie **Sozial- und Lohndumping** und den Missbrauch der Dienstleistungs- und Niederlassungsfreiheit verhindern. Sollten sich die Tarifvertragsparteien nicht auf **Mindestlöhne** einigen, kündigt die SPD eine gesetzliche Regelung an.

Mit der nachfolgenden Zusammenstellung aus den Programmen der Parteien wollen wir ein wenig Orientierungshilfe für die Bundestagswahl leisten. Dabei haben wir insbesondere für unsere Gewerkschaft wichtige Politikfelder berücksichtigt. Die Auswertung erhebt daher keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Weitergehende Informationen, stellen wir auf der GdP-Homepage (www.gdp.de) zur Verfügung.



In erster Linie durch neue Ideen, die neue Produkte schaffen, sollen neue Arbeitsplätze entstehen. Daher will die Union den **technologischen Spitzefeldern** der Zukunft beste Entwicklungschancen bieten. Sie hält das Dickicht von Vorschriften und Regelwerken für eine Wachstums- und Beschäftigungsbremse und setzt auf **Deregulierung**, Aufgabenabbau und die Entlastung der Wirtschaft von Bürokratiekosten sowie auf **längere Arbeitszeiten**. Unter Verzicht auf das **Günstigkeitsprinzip** sollen vom Tarifvertrag abweichende betriebliche Vereinbarungen möglich sein, wenn 2/3 der Belegschaft und der Betriebsrat zustimmen. Empfänger von ALG II sollen in den ersten zwei Jahren nach Einstellung bis zu **10 % unter Tarif** entlohnt werden können. Für Neueinstellungen will die Union das **Kündigungsschutzgesetz** in Betrieben bis zu 20 Beschäftigten aussetzen, sonst erst nach zwei Jahren Beschäftigungszeit wirksam werden lassen. Ein Anspruch auf **Teilzeit** soll nur zur Betreuung von Kindern und Pflege von Angehörigen bestehen. Künftig soll ein auf bis zu zwei Jahre **befristeter Arbeitsvertrag** mit demsel-

ben Arbeitnehmer erneut geschlossen werden können. Außerdem befürwortet die Union die Einführung eines **Kombi-Lohn-Modells** für einfache Arbeiten. Zur Vermeidung von **Lohn- und Sozialdumping**, Missbrauch der Niederlassungsfreiheit und **Schwarzarbeit** setzt die Union auf schnelle, wirksame und grenzüberschreitende Kontrollen durch intensivere Zusammenarbeit der zuständigen Ordnungsämter und Kammern.



Neue Jobs in den neuen Dienstleistungsbereichen sollen durch eine **investive Politik** und durch eine Senkung der **Lohnnebenkosten** v. a. im unteren Einkommensbereich entstehen.

Lohndumping, Eingriffe in die **Tarifautonomie**, den **Kündigungsschutz** oder die **Mitbestimmung** lehnen die Bündnisgrünen ab, plädieren aber für die Einführung von **Mindestlöhnen** sowie für eine neue **Arbeitszeitpolitik** durch Instrumente wie Arbeitszeitkonten, Familien-Teilzeit, Job-Rotation und Job-Sharing. Die Tarifparteien sollen allerdings tarifvertragliche Einigungen zur Reduzierung von Arbeitszeit bei anteiligem Lohnverzicht prüfen. Ei-

ner generellen Verlängerung der Wochenarbeitszeit und Vorruhestandsregelungen erteilen sie eine klare Absage



Nach Ansicht der FDP muss Deutschland seine Wettbewerbsstärke zurückgewinnen. Als zentrales Feld der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik sieht sie die **Förderung des Mittelstandes und strebt ein Gleichbehandlungsgesetz** an, das gesetzlich verursachte Benachteiligungen kleiner und mittlerer Unternehmen beseitigt. Um betriebliche Bündnisse für Arbeit zu ermöglichen, will die FDP das **Tarifkartell** aufbrechen. Sie fordert einen Wettbewerb zwischen zentralen Verträgen der Funktionäre und dezentralen Lösungen vor Ort, die der Zustimmung des Betriebsrates oder 2/3 der Belegschaft bedürfen. Darüber hinaus strebt sie eine gesetzliche **Öffnung des Flächentarifs** und die Abschaffung der Allgemeinverbindlichkeitserklärung an.

Mindestlöhne lehnt die FDP ab. Das **Kündigungsschutzgesetz** soll ab einer Betriebsgröße von mehr als 50 Mitarbeitern und nach vier Jahren Betriebszugehörigkeit gelten. Einen **Betriebsrat** hält die FDP erst für Unternehmen mit mehr als 20 Beschäftigten für sinnvoll, die Zahl seiner Mitglieder soll reduziert und eine Freistellung erst bei mehr als 500 Beschäftigten die Regel sein. Betriebsratswahlen sollen erst bei einer Wahlbeteiligung von über 50 % gültig sein. Arbeitnehmer sollen ihre Vertreter in Aufsichtsgremien direkt bestimmen,

die paritätische Mitbestimmung soll durch Drittelparität ersetzt und ein Ehrenkodex für Betriebsräte entwickelt werden.

Nach Auffassung der FDP sollen **Länderöffnungsklauseln** eine befristete Aussetzung bundesrechtlicher Regelungen im Bau-, Tarif- und Arbeitsrecht zur Schaffung von Modellregionen möglich machen.

Im Öffentlichen Dienst strebt die FDP ein auf Kernbereiche konzentriertes Berufsbeamten-tum an. Vorschläge zur Neuordnung des öffentlichen Dienstrechts und für eine fortschrittliche Bezahlung der Beamtenschaft will sie aufgreifen und die Neugestaltung des Tarifrechts durch Leistungsorientierung und Vereinfachung fortsetzen.

DIE LINKE. PDS

Nach Auffassung der Linkspartei.PDS kann nur eine gestärkte Kaufkraft Arbeitsplätze sichern und Arbeitslosigkeit zurückdrängen. Daher fordert sie eine Abkehr von Niedriglohnstrategien und die Erhöhung der Nachfrage durch öffentliche Investitionen.

Die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I soll verlängert werden und Einkommen sich im gleichen Maße erhöhen, wie gesamtwirtschaftliche Produktivität und Preise steigen. Öffentliche und soziale Dienstleistungen will die Linkspartei.PDS ausbauen, um versicherungspflichtige und Existenz sichernde Arbeitsplätze in geförderten und **gemeinnützigen Beschäftigungssektoren** zu schaffen. Sozialabgaben für besonders schlecht bezahlte Personengruppen in bestimmten Branchen sollen auf Zeit aus Steuermitteln finanziert werden.

Ein **Mindestlohn** nicht unter 1.400 Euro brutto im Monat, eine durchschnittliche regelmäßige **Arbeitszeit** von nicht mehr als 40 Stunden pro Woche sowie ein Entsendegesetz für alle Branchen sollen gesetzlich festgeschrieben werden.

Gewerkschaften und die Bindungswirkung von Tarifverträgen will die Linkspartei.PDS

stärken, die Erklärung der Allgemeinverbindlichkeit erleichtern und die Lockerung des **Kündigungsschutzes** zurückweisen. **Tarifautonomie, Mitbestimmung** und Beteiligung der Beschäftigten am Produktivvermögen sollen ausgebaut werden.



Die Arbeitslosigkeit will die WASG durch auf eine **Stärkung der Kaufkraft** bekämpfen. Arbeitseinkommen sollen mindestens dem Produktivitätszuwachs und den Preissteigerungen folgen, **Mindestlöhne** eingeführt werden.

Wirtschaftswachstum soll u. a. durch ein öffentliches Zukunftsinvestitionsprogramm so wie den Ausbau des Bildungswesens und sozialer Dienstleistungen erreicht werden. Die aktive Arbeitsmarktpolitik soll wieder aufgestockt und die **Arbeitszeit** deutlich verkürzt werden. Verschlechterungen durch die Hartz-Gesetze will die WASG zurücknehmen, **Mitbestimmung** und Beteiligung der Beschäftigten am Produktivvermögen ausbauen.

Soziale Sicherungssysteme



Die Gesetzliche Krankenversicherung (GKV) will die SPD zu einer **Bürgerversicherung** weiterentwickeln, in der gesetzliche und private Krankenversicherung nebeneinander bestehen: Jeder muss versichert sein. Gutverdienende, Beamte, Selbständige und Politiker werden (...) einbezogen. Jede Kasse muss jeden und jede ohne Ansehen des Risikos versichern. (...) Löhne, Gehälter, Renten sowie Kapitalerträge (unter Berücksichtigung von Freibeträgen) sollen zur Finanzierung herangezogen werden, Mieten und Pachten beitragsfrei bleiben. Die beitragsfreie Familienversicherung soll er-

halten werden. Auch die **Pflegeversicherung** will die SPD zu einer Bürgerversicherung ausbauen. In der gesetzlichen **Rentenversicherung** (GRV) sieht sie die wichtigste Säule der Altersversicherung. Betriebliche und private Altersvorsorge sollen gestärkt sowie zusätzliche kapitalgedeckte Altersvorsorge gefördert werden. Das faktische Renteneintrittsalter soll an das gesetzliche von 65 Jahren herangeführt werden. Die für den 1. Februar 2006 vorgesehene Verkürzung der Bezugsdauer von **Arbeitslosengeld I** soll um zwei Jahre verschoben werden.



Eine **solidarische Gesundheitsprämie** soll die GKV ersetzen: Krankenkassen sollen für jeden Erwachsenen als kostendeckenden Beitrag eine Gesundheitsprämie erhalten, die aus der persönlichen Prämie jedes Versicherten und aus der festgeschriebenen Arbeitgeberprämie gespeist wird. Für Versicherte mit niedrigem Einkommen soll ein sozialer Ausgleich greifen, die Mitversicherung von Kindern aus Steuermitteln finanziert werden. Der Wechsel zwischen Krankenversicherungen soll durch die Übertragung von Altersrückstellungen erleichtert werden. In der **Pflegeversicherung** soll unverzüglich mit der Einführung einer Kapitaldeckung begonnen werden.

Die gesetzliche **Rentenversicherung** soll weiterhin eine wichtige Säule der Alterssicherung sein, aber der privaten Ergänzung bedürfen, deren Förderung erleichtert werden soll. Die Lebensarbeitszeit soll verlängert und die Anhebung des Renteneintrittsalters in Aussicht genommen werden. Ein Kinderbonus (50 Euro/Monat bis zum 12. Lebensjahr) soll Eltern entlasten. Der Beitragssatz in der **Arbeitslosenversicherung** soll von 6,5 % auf 4,5 % sinken, finanziert durch einen Anstieg der Mehrwertsteuer um 2 %. Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen sollen auf den Prüfstand, Ich-AGs nicht mehr gefördert werden. Die Leistungen sollen sich künftig stärker an den Beitragszahlungen orientieren.



In eine **solidarische Bürgerversicherung** sollen alle gemäß ihrer Leistungsfähigkeit einzahlen. Für zusätzliche Einkommensarten sollen Freigrenzen eingeräumt und die Beitragsbemessungsgrenze maßvoll angehoben werden. Beitragsparität und beitragsfreie Mitversicherung von Kindern sollen erhalten bleiben, Beitragsfreiheit für EhegattInnen soll auf Erziehungs- und Pflegezeiten begrenzt, für alle anderen ein Splitting eingeführt werden. Auch für die **Pflege** soll eine Bürgerversicherung aufgebaut werden.

Die gesetzliche **Rente** wird sich nach Ansicht von Bündnis 90/DIE GRÜNEN stärker zu einer Basisabsicherung entwickeln. Ergänzende private Vorsorge soll weiter gefördert und Arbeitgeber nicht aus ihrer Verantwortung zur Mitfinanzierung entlassen werden. Langfristig soll auch die Rentenversicherung zu einer Bürgerversicherung werden.

In der **Arbeitslosenversicherung** wollen Bündnis 90/DIE GRÜNEN die Bezugsdauer von ALG I in Abhängigkeit von der Dauer der Erwerbstätigkeit auf bis zu 3 Jahren verlängern. Die Regelsätze der Sozialhilfe und des Arbeitslosengelds II sollen angehoben und die Zuverdienstmöglichkeiten verbessert werden.



Die GKV will die FDP durch einen **privaten Krankenversicherungsschutz** mit sozialer Absicherung für alle ersetzen. Jeder Bürger soll sich bei freier Tarifwahl in einem Mindestumfang bei einem Unternehmen seiner Wahl versichern. Hierfür soll jede Krankenversicherung einen Pauschaltarif mit Kontrahierungszwang anbieten müssen. Sozialer Ausgleich soll über das Steuer- und Transfersystem erfolgen. Pauschalen für Kinder und Kosten für Mutterschaft sind über Steuern zu finanzieren,

BUNDESTAGSWAHL

Altersrückstellungen sollen bei einem Versicherungsverwechsel nicht verloren gehen. Ähnlich soll die **Pflegeversicherung** umgebaut werden.

Bei 19 % soll der Beitragssatz zur **Rentenversicherung** bleiben, die als Basissicherung durch private und betriebliche Vorsorge in Form eines Altersvorsorgekontos gefördert wird. Hier sollen auch Erziehungsleistungen berücksichtigt werden. Die Lebensarbeitszeit soll u. a. durch einen früheren Berufseintritt verlängert, Anreize zur Frührentenentzug abgeschafft werden. Das Renteneintrittsalter soll im 60. Lebensjahr (mit Abschlägen) bzw. nach 45 Beitragsjahren (ohne Abschlag) erreicht sein.

Die **Arbeitslosenversicherung** soll als reine Risikoversicherung mit Wahlтарifen und unter Auszahlung des Arbeitgeberanteils vom Arbeitnehmer abgeschlossen werden. Dadurch soll der Beitragssatz um 2 % sinken.

DIE LINKE. PDS

In Form einer **solidarischen Bürgerversicherung** will die Linkspartei.PDS alle Berufsgruppen und Einkommensarten in die gesetzliche Kranken- und in die Pflegeversicherung einbeziehen. Die Beitragsbemessungsgrenze soll in einem ersten Schritt auf 5.100 Euro angehoben, am Grundsatz der paritätischen Finanzierung festgehalten werden.

Die GRV soll in eine **Erwerbsfähigenversicherung** umgewandelt werden, in die alle Berufsgruppen einbezogen werden. Sämtliche Einkommen sollen berücksichtigt, die Beitragsbemessungsgrenze an- und später aufgehoben werden. Mit höheren Beitragszahlungen sollen die

Ansprüche nicht in gleichem Maße steigen, wodurch eine Senkung der Beiträge möglich werden soll. Eine Grundrente soll monatlich 800 Euro betragen und Benachteiligungen ostdeutscher Rentner aufgehoben werden. Die Rentenentwicklung soll dem Nettolohnzuwachs folgen, Erziehung von Kindern und Pflege von Angehörigen sollen stärker angerechnet werden.



Die WASG setzt sich für das Modell einer **solidarischen BürgerInnenversicherung** ein, in die alle Bürgerinnen und Bürger sowie Kapital- und Vermögenseinkommen einbezogen werden. Die paritätische Finanzierung soll erhalten bleiben.

Nach der Kranken- und Pflegeversicherung soll auch die **gesetzliche Rentenversicherung** mittelfristig auf alle Erwerbstätigen erweitert werden. In der **Arbeitslosenversicherung** soll das Arbeitslosengeld für langjährig Versicherte länger als ein Jahr gezahlt werden, im Anschluss daran Arbeitslosenhilfe.

Steuerpolitik



Das **Einkommenssteuersystem** will die SPD beibehalten. Jahreseinkommen ab 250.000 Euro (Ledige) bzw. 500.000 Euro (Verheiratete) sollen mit einer um 3 % erhöhten Einkommenssteuer belegt werden. Die priva-

te **Erbschaftssteuer** und ihr Bewertungssystem sollen sozial gerecht und verfassungsfest umgestaltet werden. An der **Steuerfreiheit von Sonn-, Feiertags- und Nachtarbeitszuschlägen** hält die SPD fest.

Die SPD strebt eine effektivere Anwendung des Steuerrechts durch Vereinfachung an. Steuerliche Subventionstatbestände sollen weiter abgebaut, die Bekämpfung der Steuerhinterziehung fortgeführt werden.



Einfach, wettbewerbsfähig und gerecht will die CDU ein neues **Steuerrecht** gestalten. Zum 1.1.2007 soll eine Reform der **Einkommensteuer** in Kraft treten: einheitlicher Grundfreibetrag von 8.000 Euro pro Person, Senkung des Eingangsteuersatzes auf 12 % und des Spitzensteuersatzes auf 39 %, Reduzierung von Steuerbefreiungen und -vergünstigungen sowie von Ausnahmetatbeständen, darunter die Pendlerpauschale und die Steuerfreiheit von Sonn-, Feiertags- und Nachtzuschlägen; Abgeltungssteuer auf Kapitaleinkünfte. Außerdem sollen Steuererklärung und Steueranmeldung vereinfacht werden.

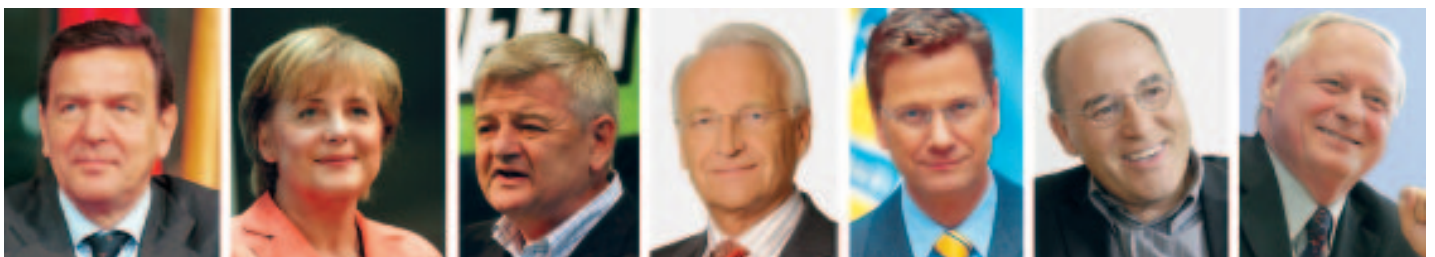


Das Steuersystem soll **einfacher und gerechter** werden, in erster Linie Steuervergünstigungen und Steuersubventionen abgebaut sowie Steuerflucht und Steuerbetrug bekämpft werden. Die Besteuerung von Unternehmen und Privatpersonen sollen voneinander getrennt, die Steuern für den Mittelstand auf nied-

rigem Niveau verharren, während die Steuererträge bei privaten Spitzenverdienern bis zu einem **Spitzensteuersatz** von 45 % steigen. Deutsche mit Wohnsitz im Ausland sollen in Deutschland veranlagt werden. Das Ehegattensplitting soll abgeschmolzen, die **Vermögenssteuer** wieder eingeführt und das Steuereinkommen aus höheren Erbschaften gesteigert werden. Steuerliche Schlupflöcher sollen auch bei Alkohol und Zigaretten geschlossen werden. Die Einnahmen aus einer europaweiten **Kerosinsteuer** und der **Tobin-Steuer** sollen der Finanzierung öffentlicher Entwicklungshilfe dienen.



Niedrig, einfach und gerecht – das sind die Kriterien der FDP für ihr Steuerkonzept. Beitragen soll dazu: ein **Grundfreibetrag** von 7.700 Euro pro Person, ein **Stufentarif**, bei dem auf Einkommen von 7.701 Euro bis 15.000 Euro 15 %, für den Einkommensteil zwischen 15.000 Euro und 40.000 Euro 25 % und für Einkommen darüber 35 % Steuern zu zahlen sind, die Verdoppelung der Einkommensgrenzen für Ehegatten anstelle der **Steuerklasse V**. Aufwendungen für Tagesmutter, Haushaltshilfe oder Pflegekraft sollen bis zur Höhe von 12.000 Euro als Sonderausgaben abgezogen werden können. Für Kapitalerträge (Zinsen und Dividenden) soll es eine **Abgeltungssteuer** von 25 % geben, die an der Quelle fällig wird. Die **Vermögenssteuer** soll endgültig abgeschafft und die **Mehrwertsteuer** nicht erhöht werden.



DIE LINKE. PDS

Mit ihrem Steuerkonzept will die Linkspartei.PDS die Steuerbelastung unterdurchschnittlicher Einkommen verringern und der öffentlichen Hand deutlich höhere Einnahmen verschaffen durch die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, höhere Einnahmen aus der Erbschaftsteuer, höhere Steuerzahlungen großer Unternehmen, eine Reform der Gewerbesteuer, die Einschränkung von Steuervergünstigungen, das Schließen von Steuerschlupflöchern, eine höhere Besteuerung hoher Einkommen, verstärkten Kampf gegen Steuerhinterziehung und Steuerflucht, die Besteuerung von Börsengeschäften und Finanzspekulationen.

Die Linkspartei.PDS will das Steuersystem vereinfachen und gerechter gestalten: mit einem **Eingangssteuersatz** von 15 % (Freibetrag von 12.000 Euro) und einem linear-progressiv Tarif bis zum **Spitzensteuersatz** von 50 % auf Einkommensteile oberhalb 60.000 Euro sowie durch Erfassung von Dividenden, Zinsen und anderen Kapitalerträgen. Die **Pendlerpauschale** soll auf 0,40 Euro pro Kilometer angehoben, die Steuerfreiheit **der Zuschläge für Sonn-, Feiertags- und Nachtarbeit** beibehalten, die **Vermögenssteuer** ab 300.000 Euro pro Person erhoben werden. Einen ermäßigten **Mehrwertsteuersatz** von 7 % soll es beim Handwerk und bei apothekenpflichtigen Arzneimitteln geben.



Die WASG setzt sich für die progressive Besteuerung aller Einkommensarten auf Grundlage einer vollständigen Erfassung der unternehmerischen Gewinneinkommen und aller anderen Kapitalerträge ein. Der Spitzensteuersatz und die Erbschaftsteuer sollen erhöht und die Vermögenssteuer wieder eingeführt werden.

Die Steuerbefreiung bei Beteiligungsverkäufen will die WASG zurücknehmen. Darüber

hinaus fordert sie die Einführung einer Steuer auf internationale Devisentransaktionen und einen konsequenten Kampf gegen Steueroasen.

Innere Sicherheit



Zur **Terrorismusbekämpfung** soll die Steuerungs- und Koordinierungskompetenz des Bundes gestärkt und das bewährte Prinzip einer klaren Trennung zwischen den **Aufgaben der Streitkräfte und der Polizei** beibehalten werden.

Durch gesetzliche Maßnahmen soll die **jugendspezifische Kriminalität** im Bereich der Prävention, Strafverfolgung und Justiz bekämpft werden. Zur wirkungsvollen Bekämpfung der Gewalt gegen **Frauen** will die SPD für eine konsequente Täterbestrafung sorgen, einen bundesweiten Notruf einrichten, wirksame Maßnahmen gegen Menschenhandel und Zwangsprostitution ergreifen sowie Zwangsheirat zum Straftatbestand machen.

Bei Prävention und Bekämpfung von **Rechtsextremismus** will die SPD weiterhin konsequent gegen Straf- und Gewalttäter vorgehen, aber auch politische Auseinandersetzungen führen.



Bestehende Gesetzeslücken und Schwächen in der Organisationsstruktur der Sicherheitsbehörden will die Union rasch beseitigen u. a. durch den **Einsatz der Bundeswehr** für die Abwehr von terroristischen Gefahren, ein gemeinsames Informations- und Analysezentrum und gemeinsame Anti-Terror-Dateien von Polizei und Nachrichtendiensten, schärfere Sicherungsmaßnahmen zum Schutz vor dringend terrorverdächtigen Ausländern, Strafbewährung von Sympathie-

werbung für kriminelle und terroristische Vereinigungen, eine effektive **Kronzeugenregelung**, die Verbesserung der Erhebung und Speicherung von Verbindungsdaten, die Einführung einer Visa-Warndatei und die konsequente Abschiebung ausländischer Straftäter.

Die Polizeien von Bund und Ländern sowie die Justiz sollen notwendige rechtliche Eingriffsmöglichkeiten erhalten: **DNA-Analyse** als Fingerabdruck des 21. Jahrhunderts, Ahndung des sexuellen Kindesmissbrauchs als Verbrechen, Bestrafung von Freiern bei Zwangsprostituierten, Schaffung eigener Straftatbestände für sexuelle Aus-

beutung von Opfern des Menschenhandels und Nötigung zur Zwangsheirat.

Bei Heranwachsenden sollen das allgemeine Strafrecht angewendet und die Möglichkeiten der (nachträglichen) Sicherungsverwahrung genutzt, bei Jugendlichen das Höchstmaß der Jugendstrafe auf 15 Jahre erhöht werden.



Obleich sich die föderale Struktur der **Sicherheitsbehörden** bewährt hat, soll die Zusammenarbeit der Behörden des Bundes ebenso wie die Zusam-

menarbeit von Bund und Ländern verbessert werden unter strikter Beibehaltung des Trennungsgebotes. Der Einsatz der **Bundeswehr** im Innern wird ebenso abgelehnt wie das Hintertreiben des staatlichen Gewaltmonopols durch eine schleichen-**de Privatisierung** öffentlicher Ordnung. **Telefonüberwachungen** sollen eingeschränkt und Verbindungsdaten von Teledienst Anbietern für den Zugriff von Polizei und Nachrichtendiensten nicht gespeichert werden. Die **Kronzeugenregelung** lehnen die Bündnisgrünen ab, **biometrische Merkmale** in Pässen halten sie für wenig wirksam und problematisch. Der **Wirtschaftskriminalität**

wollen sie wirksamer begegnen, u. a. indem Korruption und Verschwendung finanzieller Ressourcen auch mit strafrechtlichen Mitteln begegnet und ein **Korruptionsregister** eingeführt wird.

Im **Jugendstrafrecht** wollen die Bündnisgrünen den Erziehungs- und Präventionsgedanken stärken und streben eine Verbesserung der Praxis u. a. durch eine schnelle Reaktion des Staates und einen Ausbau des Täter-Opfer-Ausgleichs an. Eine Herabsetzung der Strafmündigkeit und geschlossene Heime lehnen sie ab.

Zum **Schutz von Frauen** vor Gewalt wollen die Bündnisgrünen u. a. wirksame Maßnahmen gegen Täter, die Frauen nachstellen und

sie bedrohen. Auch häusliche Gewalt, Zwangsverheiratung und „Ehrenmorde“ sollen konsequent bekämpft werden.

Polizei, Justiz und Verwaltung sollen bestärkt werden, bei **Rechts-extremismus** genauer hinzuschauen und dagegen vorzugehen.

Im Rahmen einer Neuordnung des Föderalismus soll die Regelungskompetenz für den öffentlichen Dienst der Länder oder für bürgernahe Gestaltungsbereiche (...) vom Bund auf die Länder übergehen.



Zur Verteidigung der Inneren Sicherheit setzt die FDP auf konsequente Anwendung des geltenden Rechts, **optimale Ausstattung der Polizei- und Sicherheitsbehörden**, einheitlichen **Digitalfunk**, Verbesserung der **Organisationsstruktur** sowie die **internationale Zusammenarbeit**.

Videoüberwachung durch Private will die FDP dringend gesetzlich regeln, ihre flächendeckende Verbreitung vermeiden, weil sie die **Arbeit engagierter Polizeibeamter** nicht ersetzt. Verdachtsunabhängige massenhafte **Vorratsdatenspeicherung** und eine Verpflichtung für Anbieter, die Kommunikation ihrer Kunden für den Staat zu überwachen, lehnt die FDP ab. Sie hält auch am Richtervorbehalt für die **DNA-Entnahme** fest, schließt die rechtliche Gleichstellung der **DNA-Analyse** mit dem klassischen „Fingerabdruck“ aus und will sie nur bei Straftaten von erheblicher Bedeutung einsetzen. Die Aufnahme **biometrischer Daten** in Reisepässe ist ihrer Ansicht nach ebenso wie deren zentrale Speicherung nicht erforderlich.

Alle staatlichen Überwachungsmaßnahmen sollen grundlegend überprüft werden, den notwendigen **Datenaustausch** zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus hält die FDP

für geregelt. Den Einsatz der **Bundeswehr** im Innern sowie das **Luftsicherheitsgesetz** lehnt die FDP ab. Vielmehr seien die Polizei- und Sicherheitsbehörden besser mit Personal und Sachmitteln auszustatten. Das **Bankgeheimnis** muss nach Auffassung der Freidemokraten wieder hergestellt werden.

Für die Justiz- und Innenpolitik fordert die FDP den Grundsatz der Mehrheitsentscheidungen im EU-Ministerrat. Der Aufbau der europäischen Grenzpolizei soll schnell vorangetrieben werden.



Die Linkspartei.PDS will die Furcht vieler Menschen vor Kriminalität und Terrorismus ernst nehmen. Sie wendet sich gegen eine Politik, die die Sorgen und Ängste der Menschen anheizt, um Grund- und Freiheitsrechte einzuschränken.

Der **große Lauschangriff** soll abgeschafft und das Trennungs-

gebots **zwischen Polizei und Geheimdiensten** beibehalten werden. Außerdem fordert die Linkspartei.PDS die konsequente strafrechtliche Verfolgung rassistischer und rechtsextremistischer, neonazistischer und nationalistischer Volksverhetzung und Gewalttaten sowie eine bessere Aufklärung über Antisemitismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit.



Es liegen im Wahlprogramm keine Aussagen vor.

Zusammengestellt von Anja Weusthoff

Bei der Formulierung der Texte wurde im Wesentlichen die Wortwahl der Parteien berücksichtigt.

BUCHTIPP

Schluss mit lustig

Peter Hahne, bekannter politischer Redakteur („Berlin direkt“ im ZDF), hat ein vom Umfang und Format her nur kleines Buch (143 S.) geschrieben. Aber das hat es so

ziert er sich mit dem Ausspruch seines älteren Kollegen Peter Scholl-Latour: „Das ist das Ende der verdammten Spaßgesellschaft.“ Und er selbst fragt: „Wel-

tet werden? Ethik und Moral als geistig seelische Wertegebundenheit des menschlichen Handelns sollten gegenüber dem reinen (materiellen) Effizienzdenken des

oberflächlichen Variante der Freude sei abzuschwören.

Wie ein solches Umdenken und ein danach Handeln im Alltag möglich ist, dazu gibt der Autor praktikierbare Beispiele.

Mit solchen Auffassungen werden sich gerade viele Kolleginnen und Kollegen bestätigt fühlen, weil sie von Gesetzes wegen den Auftrag wahrnehmen, Gewalt zu verhindern und Normenverletzungen zu ahnden. Andere werden hoffentlich zum Nachdenken angeregt.

Darin und ebenso in der gut verständlichen Schreibweise liegt wohl der Aufлагenerfolg des Buches. Es liest sich schnell und mit Gewinn.

Schluss mit lustig – das Ende der Spaßgesellschaft, Peter Hahne, Johannis-Verlag, 144 Seiten, 9,95 Euro, ISBN 3-501-05180-8

„Es geht mir um provokante Gedankenanstöße und nicht um ein akademisches Oberseminar, das auf den harmoniesüchtigen Samtpfoten des Zeitgeistes daherkommt.“

Peter Hahne in „Schluss mit lustig“

in sich, dass es seit Monaten auf den deutschen Bestsellerlisten ganz oben steht.

Bei der Frage nach unseren gegenwärtigen Wertvorstellungen stellt er fest: „Wir wissen, wogegen wir sind, nicht, wofür wir sind“.

Ausgehend von den die ganze Welt erschütternden, hinterhältigen und Menschen mordenden Terroranschlägen in New York (2001) und Madrid (2004) – und jetzt gerade in London – identi-

che Werte wollen wir verteidigen?“.

Er tadelt, dass Freude an Leistung und Arbeit ausblieben, dass Eltern ihre Erziehungsaufgabe an Schule und Ausbilder abgeben, dass die Auseinandersetzungen mit unverzichtbaren gesellschaftlichen Normen vernachlässigt werden, dass keine Lebensziele mehr vorgelebt werden. Wie aber kann nun „Das Ende der Spaßgesellschaft“ (Untertitel) eingeläu-

Neo-Liberalismus und der Globalisierung wieder an Bedeutung gewinnen. Eine neue Orientierung an Werten wie Gerechtigkeit, Treue, Toleranz, Freiheit, Gleichheit, Gottesfurcht und Nächstenliebe erscheinen ihm unverzichtbar. Das hört sich an wie Kanzelpredigt oder Mission, liest sich aber ganz anders. Denn es soll keineswegs bedeuten, die Freude am Leben zu verlieren. Aber allein dem Spaß, dem Fun als einer ganz

Halbzeitbilanz

Vier Jahre dauert die Amtsperiode für das EuroCOP Exekutivkomitee – den fünfköpfigen Vorstand des Europäischen Verbands der Polizeigewerkschaften. Zwei Jahre nach dem Kongress von Luzern 2003 war die Tagesordnung der diesjährigen Sommerklausur des Exekutivkomitees damit klar vorgegeben: Halbzeitbilanz und Festlegung der Prioritäten bis 2007, dem Jahr des nächsten Kongresses.

Nach zwei Jahren hat EuroCOP es geschafft, sich bei der EU in Brüssel und beim Europarat in Straßburg einen Namen als Vertretung der Polizeibeschäftigten in Europa zu machen. Nicht zuletzt die Medien beginnen, EuroCOP als einen kompetenten Partner für die Diskussion von Themen der öffentlichen Sicherheit in Europa wahrzunehmen. Dabei hat sich das Tätigkeitsfeld von EuroCOP seit 2003 enorm verbreitert. Neben Fragen der Vereinigungsfreiheit für Polizistinnen und Polizisten in Europa und der Gewährleistung einer adäquaten sozialen Absicherung rücken zunehmend Fragen der öffentlichen Sicherheit in der EU ins Blickfeld.

Die Terrorattentate von New York, Madrid und zuletzt London haben eine unglaubliche Dynamik bei der Entwicklung immer neuer Maßnahmen der EU und der Mitgliedsstaaten zur Bekämpfung von Terrorismus und organisierter Kriminalität ausgelöst. Ob es dabei um die Einführung eines EU-Vorstrafenregisters, um biometrische Daten in Reisepässen oder um die Speicherung von Telekommunikationsdaten ging – EuroCOP war stetig mit der Stimme der polizeilichen Praxis präsent. Oft genug bedeutete das, die Regierungen der Mitgliedsstaaten daran zu erinnern, dass sich Beschlüsse nicht ohne Personal umsetzen lassen.

Dass das für die beteiligten Mitgliedsstaaten der EU nicht immer angenehm sein muss, hat sich besonders deutlich am Fall

der Neubesetzung der Position des Europol Direktors gezeigt – der Ernennung des deutschen Max-Peter Ratzel war eine acht Monate währende Vakanz vorausgegangen, die EuroCOP immer wieder aufs schärfste kritisiert hatte. „Für den Rat der Justiz und Innenminister waren wir in dieser Zeit das personifizierte schlechte Gewissen“, so das Fazit von EuroCOP Präsident Heinz Kiefer.



Auch als Informationsquelle für Mitglieder konnte EuroCOP in den letzten zwei Jahren ein schärferes Profil gewinnen. Ob es um die Reform der EU-Arbeitszeitrichtlinie, die EU-Dienstleistungsrichtlinie oder das Haager Programm ging – EuroCOP versorgte seine Mitgliedsorganisationen zeitnah mit wichtigem Hintergrundmaterial und Analysen. Der damit einhergehende Informationsvorsprung, den EuroCOP Mitglieder genießen, entwickelt sich zunehmend auch zu einem echten Wettbewerbsvorteil auf nationaler Ebene.

Die Richtung stimmt – so die einhellige Schlussfolgerung des Exekutivkomitees. In der zweiten Hälfte der Amtszeit bis 2007 bleiben die Schwerpunkte daher unverändert. Die weitere Arbeit wird sich auf ein nochmals verbreitertes Informationsangebot für Mitglieder und auf die konsequente Stärkung der Position von EuroCOP gegenüber den europäischen Institutionen konzentrieren.

JV

Gezähmte Terroristen

Max geht mit Stöcken auf seine Mutter los, Fabienne wälzt sich heulend auf dem Boden, Kevin spuckt und schlägt seine Geschwister. Die Erzeuger der Brut stehen am Rande des Nervenzusammenbruchs, doch die Rettung naht. Die „Super-Nanny“ (RTL) oder auch die „Super-Mamas“ (RTL 2) kommen mit ihren Filmteams ins Haus. Die Fernsehpädagoginnen halten für die Eltern klare Anweisungen bereit: „Sag nicht bitte, wenn ihr eine Verabredung getroffen habt!“. Sie unterbinden die nächtliche Versorgung mit frisch gefüllten Nuckelflaschen; im Konfliktfall verbannen sie den ungehorsamen Nachwuchs zum

Mit Erziehungs-Schnelltherapie machen die Privatsender Quote. Doch schon vor dem Erfolg der „Super-Nanny“ boomte der Ratgebermarkt für verunsicherte Eltern.

noch aus. Der überraschende Erfolg des häuslichen Sendeformats, dessen Konzept aus Großbritannien stammt, dokumentiert die große Verunsicherung von Eltern im Umgang mit ihren Kindern. Beim Balancieren zwischen autoritärer Strenge und anti-autoritärem Laissez-Faire ist der „Erziehungsnotstand“ ausgebrochen oder gar die „Erziehungskatastrophe“ eingetreten – das jedenfalls behaupten die

Regale – die Titel für (werdende) Väter beanspruchen vergleichsweise wenig Platz. Das Themenspektrum reicht von der Geburtsvorbereitung über Stilltipps bis zum Pubertätsratgeber. Auch die meist monatlich erscheinenden Erziehungszeitschriften richten sich vorrangig an Frauen. Rund neunzig Prozent der Kundschaft sind weiblich, lautet das Ergebnis von Reichweitenanalysen. Obwohl

battiert und dafür bedarf es guter Argumente. Die gedruckten oder gesendeten Erziehungstipps ersetzen den Verlust alter Traditionen, sie treten an die Stelle der Ratschläge aus der Verwandtschaft. Die Ansprüche an Mütter und Väter, beim Aufwachsen des Nachwuchses alles richtig zu machen, sind enorm. Weil das „Projekt Kind“ unbedingt gelingen muss, interessieren sich Eltern für fast alle Fragen rund um das Thema Erziehung. So ist es fast verwunderlich, dass die elektronischen Medien erst jetzt auf diesen Zug aufgesprungen sind.

Expertenschele

sich die Geburtenzahl in Deutschland seit 1966 fast halbiert hat, ist die Zahl der Leserinnen von Erziehungspublikationen in der Summe stetig gestiegen.

„Super-Mamas“ und „Super-Nanny“ standen von Anfang an in der Kritik. In Internetforen wie familie-online.de empörten sich Chatter über den „Kinder-Drill“. Die deutsche Gesellschaft für Familientherapie witterte schon kurz nach dem Sendestart „schwarze Gehorsamspädagogik“, der Kinderschutzbund monierte die Wiederaufstehung antiquierter Erziehungsmethoden. Doch so schlecht, wie es manche Experten darstellen, machen die gelernten Pädagoginnen ihren TV-Job nicht. Einige der Hinweise, die sie den Eltern auffälliger Kinder geben, sind durchaus brauchbar. Unglaubwürdig wirkt allerdings das einfache Schema „Vorher-Nachher“: Die Behandlung psychischer Störungen dauert erheblich länger als ein paar Sendeminuten. Wer sich in Erziehungsberatungsstellen, Heimen, Schulen oder Jugendzentren über Jahre mit schwierigen Kindern beschäftigt hat, ärgert sich zu Recht über die TV-Schnelltherapie.

Offenbar verspricht es in Deutschland besonderen Erfolg, Frauen ein schlechtes Gewissen zu machen. Als eine Zeitschrift vor

ein paar Jahren mit dem Titelthema „Bin ich eine gute Mutter?“ aufmachte, verkaufte das Blatt gleich 50.000 Exemplare mehr als im Durchschnitt. In dem gewachsenen Markt der Eltern-Ratgeber spiegelt sich das gewachsene Bedürfnis nach Orientierung. „Die Familie ist vom Befehls- zum Verhandlungshaushalt geworden“, analysiert die Oldenburger Soziologin Rosemarie Nave-Herz. Weil nicht mehr selbstverständlich die (väterliche) Autorität bestimmt, wird am Küchentisch ständig de-

einschlägigen Bestseller. Wer erklärt, wie man Kindern „Grenzen setzt“, wie es etwa der Hamburger Autor Jens-Uwe Rogge seit langem tut, kann mit vollen Sälen und hohen Verkaufszahlen rechnen.

Zielgruppe Mütter

Das hilfeschuchende Publikum ist fast ausschließlich weiblich. In den Erziehungs-Ecken der Buchhandlungen füllt die auf Mütter zugeschnittene Literatur ganze



Elin Fall für die „Super-Nanny“ oder ganz normaler Alltag? Foto: dpa

Schweigen auf die „stille Treppe“. Ein paar Wochen später, wieder laufen die Kameras, sind die Lernfortschritte deutlich sichtbar, die kleinen Terroristen gezähmt.

Die Reality-Show aus deutschen Familien avancierte zum Quotenrenner. Über fünf Millionen Zuschauer sahen die ersten Folgen der „Super-Nanny“ im Abendprogramm. Eilig entstandenen Fortsetzungen, Pro 7 zog mit „Fit for Kids“ nach, nur ein „Pastor Fliege der Erziehung“ für die öffentlich-rechtliche ARD steht

keit gebracht, das seit Jahren schwelte, aber unter der Decke blieb.“

Problematisch bleibt, dass die betroffenen Minderjährigen nicht selbst entscheiden können, ob sie überhaupt vor der Kamera einem Millionenpublikum vorgeführt werden wollen. Und manche ihrer Eltern wollen nicht nur nützliche Tipps, sondern auch „ins Fernsehen“ und die „Aufwandsentschädigung“ von immerhin 2.000 Euro kassieren. Die Jugendbuchautorin und

Dokumentarfilmerin Regina Schilling fragte in der Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung: „Gibt es vielleicht einen kausalen Zusammenhang zwischen der Tatsache, dass die Eltern extrem verhaltensgestörte Kinder haben, und der Tatsache, dass sie ihre Kinder dieser Doku-Soap zum Fraß vorwerfen?“

Welche Zuschauer die Privatsender ansprechen wollen, macht schon die Auswahl der Problemfamilien deutlich. Im „Unter-

schichtfernsehen“, wie es Harald Schmidt despektierlich genannt hat, stellen keine Akademiker ihre Kinder zur Schau. Im Stil der Krawallshows zur Mittagszeit schleifen Eltern ihre Kinder an den Beinen durch die Wohnung, brüllen wie auf dem Kasernenhof oder fühlen sich beim Fußballgucken gestört.

Rückschlüsse darauf, von welchem Bildungsniveau die TV-Produzenten bei ihrer Klientel ausgehen, lässt der Schwierigkeitsgrad des eingeblendeten

Preisrätsels zu: „Welchen Beruf haben die Super-Mamas? a) Erzieherin, b) Stewardess. Gewinnen Sie 3.000 Euro!“

Wettbewerb

Im Gegensatz zur Zielgruppe von RTL wenden sich die gedruckten Elternratschläge meist an ein besser qualifiziertes Publikum. Der Markt der Erziehungspresse ist ein schwieriges Terrain, weil die meisten Käufer nicht

MEDIENTHEMA ERZIEHUNG

lange bleiben. Viele junge Mütter kaufen „Eltern!“, aber sie werden keine Stammkundinnen. Nach rund zwei Jahren wiederholen sich die Themen rund um Schwangerschaft und Geburt, nach und nach steigen die Leserinnen aus. Vier Jahre bleiben sie maximal bei der Stange, schätzt Eltern-Herausgeber Norbert Hinze. Der Marktführer erscheint bei Gruner+Jahr und verkauft jeden Monat rund 400.000 Exemplare. Die Auflage ist leicht gesunken, seit der Springer Verlag 1996 „Familie&Co“ auf den Markt brachte. Das Konkurrenzprodukt richtet sich an Eltern mit Schulkindern – ein Leserssegment, das Gruner+Jahr mit der Neugründung „Eltern for family“ im eigenen Hause zu halten versucht.

Durch ein Joint Venture kurz nach der Jahrtausendwende konzentrieren sich die Erziehungszeitschriften weitgehend auf zwei Verlagshäuser. Springer tat sich mit dem Freiburger OZ-Verlag zusammen, der wiederum den Fachverlag Velber aus Seelze bei Hannover übernommen hatte. Bei Velber erschien die eher pädagogisch orientierte Zeitschrift „Spielen und lernen“. Das Blatt (Auflage: 160.000) lesen überwiegend Mittelschichtseltern sowie Erzieher/innen, Grundschullehrer/innen und anderes Fachpersonal. Zusätzlich entwickelte die neue Gruppe „Family Media“ die alle zwei Monate herauskommende Zeitschrift „Young Family“: Das besonders preisgünstige Magazin ist aus einem Sonderheft zum Schwerpunkt Schwangerschaft hervorgegangen und zielt auf werdende Eltern nach dem positiven B-Test.

Positive Vaterschaftsseiten

Kleinster Bestandteil des Familienpakets der Freiburger Verlagsgruppe ist „Paps“. Die vor zehn Jahren gegründete „Zeitschrift für Väter“ betrachtet das Thema Elternschaft aus der (weitgehend unterbelich-

teten) männlichen Perspektive. Paps will die positiven Seiten von Vaterschaft präsentieren. „Gejammert wird nicht“, lautet das Motto der Redaktion – auch wenn zum Klagen in ökonomischer Hinsicht durchaus Anlass besteht: Denn die Werbewirtschaft konzentriert sich wie eh und je auf den Massenmarkt der Mütter. Sie inseriert lieber in den großen Erziehungszeitschriften mit sechsstelliger Auflage. Sogar die Autos testen in Familie&Co die Mütter: „Mamma Mia, was für ein praktisches Raumschiff!“

„Dabei kaufen doch Väter die Modelleisenbahn, schaffen den Familienkombi an und buchen auch meist den Sommerurlaub“, ärgert sich Paps-Mitherausgeber Werner Sauerborn.

Tierische Probleme lösen „Super-Mamas“ ab

Für den Fall, dass das Interesse an den „Super-Mamas“ im Fernsehen abflaut, hat die für RTL 2 produzierende Firma Constantin Entertainment (CE) schon das nächste publikumswirksame Sendeformat in Planung. Es geht um die inszenierte Erziehung verhaltensauffälliger Vierbeiner. Die tierischen Probleme, so CE-Chef Otto Steiner, reichen vom bissigen Hund bis zur inkontinenten Katze. Sollten die „Super-Frauchen“ demnächst auf Sendung gehen, wäre das für Steiner nur folgerichtig. Haustiere, so gab er dem Spiegel ironisch zu Protokoll, „haben bei vielen hierzulande doch fast einen höheren Stellenwert als ihr Kind“.

Thomas Gesterkamp

Thomas Gesterkamp ist Journalist in Köln und Autor mehrerer Bücher zu familienpolitischen Themen, u. a. „gutesleben.de - Die neue Balance von Arbeit und Liebe, Klett Cotta 2002

„Vererbte Armut“ von Kindern und Jugendlichen

Kinderarmut wurde früher mit Elendsbildern und Berichten über Hunger oder Epidemien auf anderen Kontinenten in Verbindung gebracht. In Deutschland stand lange die schwierige soziale Lage alter Menschen im Mittelpunkt der politischen Debatte. Inzwischen aber richtet sich der Blick stärker auf die Situation von Kindern und Jugendlichen. Der jüngste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung zeigt, dass Armut vorrangig zu einem Problem von Alleinerziehenden und kinderreichen Familien geworden ist.

Kirchen und Wohlfahrtsverbände schlagen Alarm, auch die Wissenschaft beschäftigt sich mit

Nicht nur wegen der geringen Spielräume ihrer Eltern geraten viele Heranwachsende in finanzielle Schwierigkeiten. Ebenso bedeutsam ist die Erziehung zum Konsumieren und zum Leben auf Kredit: Schon Jugendliche werden, vor allem durch die Nutzung von Handys, mit Schulden groß. Wissenschaftler nennen das „vererbte Armut“.

dem neuen Phänomen. Ein Projekt an drei nordrhein-westfälischen Hochschulen hat jetzt die Ergebnisse des gemeinsamen Forschungsverbundes „Armut und Kindheit“ vorgelegt. Von einer „Infantilisierung der Armut“ spricht Christoph Butterwegge, Professor für Politikwissenschaft an der Universität Köln, der die

Studien mit angestoßen hat: „Über eine Million Kinder leben in Sozialhilfe-Haushalten – drei Millionen Kinder sind arm, wenn man einen erweiterten Armutsbegriff zugrunde legt, wie das die Armutsforschung tut.“

Die Arbeiterwitwe, die auf staatliche Hilfe angewiesen ist,

gibt es natürlich immer noch. Doch wie stark Armut ein Problem der Jüngeren geworden ist, zeigt folgende Zahl: Vier von zehn Sozialhilfeempfängern in Deutschland sind noch minderjährig. Der Anteil der Kinder und Jugendlichen, die öffentlich unterstützt werden müssen, ist fünfmal höher als bei den über 65-Jährigen. An Butterwegges Institut in Köln haben Wissenschaftler in den letzten Jahren die Armut von Kindern in Ost- und Westdeutschland verglichen. Die Projektpartner an der Fachhochschule Münster untersuchten die unterschiedlichen Lebenslagen von Familien in Großstädten und in ländlichen Regionen. Mitarbeiter der Fachhochschule

Düsseldorf erforschten die Lebenswege von „Straßenkindern“ in Afrika oder Asien und stellten diese der deutschen Situation gegenüber.

Im weltweiten Maßstab betrachtet wirkt der Begriff „Armut“ eher problematisch. Kann ein deutscher Teenager, der sich kein eigenes Handy leisten kann, schon als bedürftig gelten? Die Forscher sprechen deshalb von „relativer Armut“ oder von „sozialer Ausgrenzung“. Denn welche Schuhe Kinder tragen oder ob Eltern die Klassenfahrt bezahlen können, das sind zwar Symptome, sie kratzen aber nur an der Oberfläche. Wie die PISA-Ergebnisse zeigen, geht es auch um künftige Bildungschancen: Kinder aus sozial schwachen Familien zeigen schon bei den Schuleingangstests deutliche Rückstände gegenüber Gleichaltrigen. Diese Differenzen werden sichtbarer, wenn der Über-

gang in die weiterführende Schule und damit die Entscheidung über das künftige Qualifikationsniveau ansteht.

Zur Armut gehört auch die falsche Selbsteinschätzung, das so genannte „Zufriedenheitsparadoxon“. Kinder ordnen sich mit neun oder zehn Jahren noch nicht bewusst einer sozialen Schicht zu. Probleme wie Armut und Arbeitslosigkeit der Eltern, so der Projektmitarbeiter Michael Klundt, bleiben in vielen Familien ein schamhaft gehütetes Geheimnis. Das führe dazu, „dass Eltern ihren Kindern so viel wie möglich zu geben versuchen in Sachen Markenkleidung oder Taschengeld“. Häufig handele es sich „eher um Kompensation als um wirkliche Förderung“. Klundt berichtet von Heranwachsenden, die Handys besitzen, deren Eltern aber zu Hause nicht einmal einen festen Telefonanschluss haben. „Ärme-

re Kinder verfügen manchmal auch über ein höheres Taschengeld, müssen damit jedoch Sachen finanzieren, an die andere Kinder überhaupt nicht denken müssen: Schulsachen, Kleidung, teilweise sogar das Essen.“

Gerade Kinder und Jugendliche aus sozial schwachen Milieus, so ein Ergebnis der Studien, sind besonders fixiert auf materielle Statussymbole und Markenware. Sie sehen am Beispiel ihrer Eltern, dass sich diese auf der Basis von Ratenzahlung oder mit Hilfe von Krediten bestimmte Traumprodukte der Konsumgesellschaft leisten können. Wenn Papa sein teures Auto auf Pump fährt, warum sollte sein Sohn auf die Höhe der Handygebühren achten?

Folgt man den Untersuchungen, ist nicht nur die tatsächliche Bedürftigkeit ein Problem, sondern auch das, was die Wissen-

schaftler als „vererbte Armut“ bezeichnen: Die Jugendlichen gewöhnen sich in ihren Familien an das Schuldenmachen. So wird schon früh die Grundlage für so manche Sozialhilfekarriere gelegt (siehe Kasten).

Schätzungen gehen von insgesamt mindestens 12.000 überschuldeten Jugendlichen unter 20 Jahren in Deutschland aus. Aus Erhebungen ergibt sich weiter, dass 360.000 junge Leute im Alter von 18 oder 19 Jahren mindestens einmal im Jahr einen Konsumentenkredit aufnehmen. 21- bis 25-Jährige stehen nach einer Studie des Münchner Instituts für Jugendforschung mit durchschnittlich 3.200 Euro in der Kreide. Das hat gravierende Folgen: Denn wer früh massiv in die roten Zahlen gerät, ist z. B. wenig motiviert, eine Erwerbsarbeit anzunehmen – weil der Lohn ohnehin weggepfändet wird.

Kostenfalle Mobiltelefon

„Kaufe jetzt – zahle später“: Das ist nicht nur ein Werbespruch von Autohändlern oder Versandhäusern, sondern auch die Lebensdevise vieler Jugendlicher und junger Erwachsener. Eine Studie der „Schutzgemeinschaft für allgemeine Kreditsicherung“ (Schufa) stellt fest, dass immer mehr Bankkunden im Alter von 20 bis 24 Jahren in die Schuldenfalle geraten. Die Zahl der „Vertragsstörungen“ sei spürbar angestiegen; als Hauptursache hat die „Schufa“ den sorglosen Umgang mit Mobiltelefonen ausgemacht.

In Gesprächen von Schuldnerberatern mit jungen Hilfesuchenden spielen fast immer Verbindlichkeiten bei Mobilfunk-Anbietern eine bedeutende Rolle. Zwei Drittel der Heranwachsenden geben in Umfragen an, dass ihnen die Nutzung elektronischer Statussymbole wichtig ist

Damit sich diese Spirale nicht immer weiter dreht, versuchen die Schuldnerberater, in den Schulen Aufklärungsarbeit zu leisten. Sie fordern, das Thema „Konsum auf Pump“ in den Lehrplänen zu verankern. Vor allem Haupt- und Berufsschülern fehle es an lebenspraktischem Wissen. Häufig haben sie keine Vorstellung davon, was angesichts ihres meist niedrigen Einstiegslohns demnächst an Kosten für Miete, Lebensmittel oder Transport auf sie zukommt. Die Experten sehen das Problem aber nicht nur bei den

jugenden Erwachsenen selbst, sondern auch bei deren Angehörigen.

Das Konsumverhalten der Eltern, so die Armutsforscher, führe die Jugendlichen auf eine falsche Fährte: Ihnen werde vorgegaukelt, Konsum ohne finanzielles Polster sei möglich und kein großes Risiko. Jene Generation, die noch von negativen Erfahrungen in Kriegs- und Inflationszeiten geprägt war und beim Stichwort „Schulden machen“ innerlich zusammenzuckte, ist inzwischen längst im Rentenalter. Abgelöst wurden sie von den Kindern des Wirtschaftswunders, die in dem Bewusstsein aufwuchsen, dass jeder auf seine Art zu Wohlstand kommen könne. So ist den Enkeln, moralisch ausgedrückt, das Gefühl verloren gegangen, dass Geld vor dem Ausgeben erstmal verdient werden muss. Das Ergebnis heißt dann „vererbte Armut“.

Thomas Gesterkamp

Noch 1989 hatte nur jeder zwanzigste Jugendliche in Westdeutschland finanzielle Schwierigkeiten. Laut Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung ist inzwischen jeder fünfte Jugendliche in den alten und jeder siebte in den neuen Ländern verschuldet. Das tatsächliche Ausmaß des Problems ist vermutlich noch drastischer. Denn es gibt eine Dunkelziffer, weil vor dem Erreichen der vollen Geschäftsfähigkeit mit 18 Jahren formal die Eltern als Schuldner gelten.

Zum Weiterlesen:

„Kinderarmut in Ost- und Westdeutschland“, Christoph Butterwegge/Michael, Kludt/Matthias, Zeng VS Verlag Wiesbaden 2005, 334 Seiten, 24,90 Euro

Schwimmen auf Dänisch

Alle vier Jahre finden die Europäischen Polizeimeisterschaften im Schwimmen statt – diesmal vom 4. bis 8. 7. 2005 in Berlin und Potsdam. Polizeioberkommissar Ehrenfried Jäschke war als Betreuer der dänischen Mannschaft bei diesem sportlichen Großereignis dabei.

„Die ersten beiden Plätze in einem Vorlauf – das ist ... Erfolg!“, suchte der dänische Trainer Benny Nielsen deutsche Vokabeln zusammen und wies triumphierend auf die Anzeigetafel. Die Namen Laust Nielsen und Mads Hvilsom standen ganz oben. Was machte es schon, dass damit die Teilnahme im 50-Meter-Schmetterling-Finale längst nicht gesichert war.

Die dänische Mannschaft war sich darüber klar, dass bei den „European Police Championships Swimming“ in Berlin andere Teams die Ranglisten anführen würden. Während Mannschaften wie die der Ukraine dienstlich intensiv trainiert werden, sind die dänischen Polizeisportler eigentlich Freizeitsportler mit Beruf Polizist. Würden sie nicht alle in Sportvereinen schwimmen, hätte es für sie vor den Wettkämpfen in Berlin keine Vorbereitung gegeben. Gespräche mit ukrainischen Polizeischwimmern verriet: Dort wird in der Arbeitszeit hart trainiert, vier Stunden täglich. Gewiss nicht in jeder Dienststelle, doch wo Möglichkeiten bestehen und der Dienstherr sportliche Leistungen dienstlich fördert, sind auch Medaillengewinne möglich.

Dieses Wissen hatte Benny Nielsen, der dänische Trainer der nationalen Polizeischwimmerauswahl, bereits vor den Wettkämpfen bei Einsichtnahme in die Starterlisten seinen vier Schützlingen weitergegeben. Bei 23 teilnehmenden Mannschaften war offensichtlich, dass jede Finalteilnahme hart erkämpft werden musste. Chancen auf Medaillen malte sich keiner der Schwimmer aus.

Für sie war es ein weiterer Wettkampf, in dem Erfahrungen gesammelt wurden, Kontakte zu Schwimmern anderer Nationen entstanden und – nicht zuletzt –

ein Stückchen Europa greifbarer wurde.

Kontakt zur Brandenburger Polizei

Die verregneten Eröffnungsveranstaltung verschaffte die erste Begegnung mit der brandenburgischen Landespolizei bei deren originärer Aufgabenerfüllung: Der professionelle Verkehrseinsatz im Bereich des Park Sanssouci fand Lob und Anerkennung der ausländischen Kollegen und Kraftfahrer.

Eine leider nur kurze Begegnung gab es mit brandenburgischen Fachhochschulern der FHPol, die die Delegationen bei der Eröffnungsveranstaltung unterstützten, denn der zeitliche Rahmen war eng gesteckt: Schon am Nachmittag gab es die Wettkämpfe im Rettungsschwimmen.

Der Sport, das Schwimmen, bestimmte die Wettkampftage von 7.30 Uhr an. Als Ausgleich verlangte die Mannschaft an zwei Tagen nach „Speed-Sight-Seeing“. So fuhren wir abends in Trainingsanzügen im grün-weißen T4 der Berliner Polizei rund um Siegestsäule, Brandenburger Tor und Gedächtniskirche. Anschlagen und ... zurück.

Ein anderer Ausflug brachte die Dänen vor die Stadtgrenze Berlins. Mein Angebot, die Polizeiwache in Bad Freienwalde, in der ihr Mannschaftsbetreuer „Jakse“ arbeitet, zu besuchen, nahmen sie gern an. Interessiert standen sie vor dem ELBOS-Einsatzbearbeiterplatz, den Karten mit Schutz- und Wachbereichsgrenzen, dem stationären Dräger-Alkoholmeßgerät

und der Lasertechnik – Dinge, die mittlerweile in einer europäischen Polizei alltäglich und vergleichbar sind. Die Schreibmaschinen sorgten für Verwunderung und die Frage nach dem nächstgelegenen Polizeimuseum.

In Dänemark ist manches anders

Zum Beispiel werden in und um Kopenhagen Unfallvorgänge ohne Papier angelegt (der Traum so manchen brandenburgischen Schutzpolizisten!). Laserpistolen gibt es aber auch im Nachbarland. Aufmerksam folgten die dänischen jungen Polizisten meinen Ausführungen zum Kampfmittelbergungsdienst. Das Problem riesiger Mengen ungesicherter Weltkriegsmunition und -waffen scheint in Dänemark in diesem Ausmaß nicht zu bestehen.

Die Rückfahrt zum Hotel in der Landsberger Allee musste, wie ich bereits vom Trainer vorgewarnt worden war, beim McDonald's in Blumberg für ein Eis unterbrochen werden. Damit hatten jedoch die (kulinarischen) Disziplinlosigkeiten an diesem Tage ein Ende – weder endlose Schlemmereien noch stundenlange Bierverkostungen, die

Skandinaviern gern nachgesagt werden, fanden statt. Denn am nächsten Tag stand ein Ausscheid auf dem Programm, der die

ganze Mannschaft forderte: die 4x100-Meter Lagen-Staffel. Hierbei schafften die Dänen den Sprung ins Finale.



Die dänische Mannschaft zur Eröffnungsfeier am Neuen Palais im Park Sanssouci in Potsdam. Benny Nielsen (Trainer), Laust Nielsen, Mads Hvilsom, Mads Nørskov, Jesper Larsen (v.l.n.r).

Foto: Jäschke

Die deutsche EPM-Mannschaft

Für die Europäischen Polizeimeisterschaften im Schwimmen (EPM Schwimmen), qualifizierten sich im „Deutschen Polizei Cup“ im April 2005 in Lübeck jeweils 11 Polizistinnen und Polizisten. Sie trainieren in der Regel privat in Schwimmsportvereinen.

Bei den EPM Schwimmen belegte die deutsche Mann-

schaft in der Punktwertung der Frauen den ersten, in der Punktwertung der Männer den zweiten Platz hinter der russischen Mannschaft. Neue europäische Polizeirekorde stellten Andrea Kutz mit einer Zeit von 1:08,98 Minuten und Doreen Schneider mit einer Zeit von 1:05,12 Minuten in den Disziplinen 100m Rücken und 100m Schmetterling auf. Auch die deutsche 4 x 100m Freistil-Staffel der Frauen erkämpfte mit 4:05,98

Minuten eine neue EPM-Bestmarke.

Insgesamt wurden bei den diesjährigen Europäischen Polizeimeisterschaften im Schwimmen 17 europäische Polizeirekorde aufgestellt. Neun Rekorde stellten Schwimmer der ukrainischen Mannschaft auf, fünf Schwimmer der russischen und drei Schwimmerinnen der deutschen Mannschaft. EPM-Büro

Bogenschießen in Kanada

Sportlich erfolgreich war auch unser Mitglied Bernhard Schulkowski (54) aus Gerdau. Bei den World Police and Fire Games in Quebec/Kanada mit rund 10.000 Teilnehmern und mehr als 70 sportlichen Wettbewerben wurde er zum dritten Mal nach 1999 und 2001 Sieger im Bogenwettbewerb „Freestyle Limited Recurve“, was technisch der olympischen Bogenklasse entspricht.

In dem fast ausschließlich mit Europäern besetzten Wettkampf mit dem olympischen Recurve-Bogen wurde an zwei Tagen die Amerikanische Runde (oder 900er Runde) geschossen, d. h.



Bernhard Schulkowski – Sieger im Bogenwettbewerb von Quebec Foto: privat

auf 60, 50 und 40 m Entfernung je 30 Pfeile mit max. 2 x 900 Ringen.

In seiner Gruppe setzte sich B. Schulkowski mit einem hervorragenden 50m-Ergebnis von seinem schärfsten Konkurrenten S. Vicogne, einem Feuerwehrmann aus Amiens/Frankreich um 6 Ringe ab und führte nach dem ersten Tag mit 837

zu 835 Ringen. Der zweite Tag brachte für beide Spitzenschützen je 832 Ringe, so dass Schulkowski zum dritten Male die Goldmedaille bei den Polizei- und Feuerwehr-Weltmeisterschaften mit einem Spitzenergebnis von 1669 Ringen erkämpfte.

Die beiden Erstplatzierten ließen ihre Mitbewerber um 100 Ringe und mehr hinter sich und unterstrichen so ihre Extraklasse. Da dieser Wettbewerb zum ersten Male als doppelte Runde durchgeführt wurde, ist das Ergebnis auch gleichzeitig neuer Polizei-Weltrekord.

Peter Tiede



Kontrolle von Arbeitsverträgen

Arbeitsverträge unterliegen seit dem 1. Januar 2002 einer verschärften gerichtlichen Kontrolle. Klauseln, die den Arbeitnehmer benachteiligen, haben vielfach keinen Bestand mehr. Dies folgt aus den neu gefassten §§ 305 bis 310 BGB.

Der Umgang mit BGB-Vorschriften ist für viele ein ungewohntes Terrain. Der vorliegende Band gibt deshalb eine allgemein verständliche Einführung in die wichtigsten Begriffe und stellt sowohl das Zustandekommen als auch die Auflösung von Verträgen dar. Die Regeln des „Rechts der Allgemeinen Geschäftsbedingungen“, die nunmehr auch für den Arbeitsvertrag maßgebend sind, werden im Anschluss mit der nötigen Vertiefung geschildert – verständlich auch ohne juristische Vorkenntnisse. In einem weiteren Abschnitt wird das neue Recht an einem Formulararbeitsvertrag aus der Praxis „durchgespielt“. Das Buch gibt viele praktische Tipps, u. a. auch zum Umgang mit umfangreichen Kommentarwerken.

Wolfgang Däubler, Kontrolle von Arbeitsverträgen durch den Betriebsrat, Hans Böckler Stiftung, 92 Seiten, 12 Euro, ISBN 3-86593-002-6



Studienbuch Einsatzlehre

Der Bürger erwartet von der Polizei die Gewährleistung seiner Sicherheit durch ein fachlich fundiertes und sozial angemessenes Handeln – und hierbei insbesondere die Kompetenz zur Handhabung individueller und kollektiver Konflikte. Diesem hohen Anspruch gerecht zu werden, ist auch Aufgabe der polizeilichen Aus- und Fortbildung und damit auch der einschlägigen Fachliteratur.

Publikationen aus dem Bereich der Einsatzlehre müssen darüber hinaus wissenschaftliche Erkenntnisse und praktische Erfahrungen so aufbereiten, dass sie den Erfordernissen von Studium und Praxis entsprechen. Ein Beispiel hierfür ist das zweibändige Studienbuch „Einsatzlehre“ von Hans-Werner Kuhleber:

Im Mittelpunkt steht die Bewältigung von Sofortlagen durch Streifenführer und Dienstgruppenleiter. Der Band 2 setzt die Systematik mit Gefahren- und Strafverfolgungslagen (Bedrohungs-, Verfolgungs- und Schadenslagen u. a.) fort. Die Auswahl der Anlässe erfolgte ausschließlich anhand der Bedürfnisse des täglichen Dienstes. Häusliche Gewalt, Wohnungseinbruch und Verkehrsunfallflucht wurden als polizeiliche Lagen ebenso bearbeitet, wie Überfälle auf Geldinstitute, Amoklagen oder terroristische Anschläge.

Im Band 1 werden das Einsatzmodell des LF 371 sowie der Planungs- und Entscheidungsprozess für den Einsatz der PDV 100 erläutert. Anschließend folgt die Bearbeitung von Gewährleistungslagen (Demonstrationen, Sportveranstaltungen u. a.).

Einsatzlehre – Band 2: Gefahrenlagen und Strafverfolgungslagen, Hans-Werner Kuhleber, VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR, 2. Auflage 2004, 459 Seiten, 19,90 Euro, ISBN 3-8011-0412-5



Mehrzweck Einsatzstock

Die Verfasser verdeutlichen anhand zahlreicher detaillierter Abbildungen und Erläuterungen, wie der MES/EMS – eine fundierte Ausbildung vorausgesetzt – als zuverlässiges Hilfsmittel im täglichen Dienst eingesetzt werden kann. Sie zeigen die vielseitigen aktiven und passiven Einsatzmöglichkeiten des MES/EMS anhand zahlreicher Bilder und Trainingsbeispiele auf: von der Tragweise und der Grundhaltung über Block-, Schlag- und Stoßtechniken, Löse- und Ent-

waffnungstechniken, verschiedene Hebeltechniken und Pressgriffe bis hin zu Kombinationen gegen unterschiedliche Angriffsarten.

Die Verfasser richten sich vor allem an Anwender, die in einer ersten Trainingsphase motorische Grundfertigkeiten am MES/EMS erlangen wollen.

Der Mehrzweck Einsatzstock MES/Tonfa in der praktischen Anwendung, Jürgen Wedding, Uwe Claussen, Richard Boorberg Verlag, 2005, 4. überarbeitete Auflage, 134 Seiten, 16 Euro, ISBN 3-415-03555-7



Präventive Gewinnabschöpfung

Sichergestellte/beschlagnahmte Gegenstände, die sich in Strafvermittlungsverfahren konkreten Straftaten nicht zuordnen lassen, werden immer noch an Beschuldigte zurückgegeben, obwohl diese Gegenstände mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit aus Straftaten hervorgegangen sind oder mit Straftaten in Verbindung stehen. Gleiches gilt für sichergestelltes/beschlagnahmtes Bargeld. Vor wenigen Jahren haben namentlich zwei Polizeibehörden Bahnbrechende Vorarbeit geleistet, indem sie in einem Fall ca. 2.000 Gegenstände (Pforzheim) und in einem weiteren Fall 155.000 DM Bargeld (Berlin) nach dem jeweiligen Gefahrenabwehrrecht (Polizeigesetz für Baden-Württemberg, Allgemeines Sicherheits- und Ordnungsgesetz Berlin) sichergestellt haben. Die Verwaltungsgerichte Karlsruhe und Berlin haben die präventiv-polizeilichen Sicherstellungen bestätigt.

Der Autor geht näher auf diese beiden Urteile und die dazu ergangenen Beschlüsse ein und weist auf weitere Möglichkeiten dieser Form der Gewinnabschöpfung hin. Im Weiteren werden die Aufgabenzuweisungen/-abgrenzungen und die einschlägigen Befugnisnormen der Gefahrenabwehrgesetze aller 16 Bundesländer und der Bundespolizei sowie die privatrechtlichen Vor-

aussetzungen (insbesondere Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches) mit dem Ergebnis geprüft, dass der rechtliche Rahmen eine präventive Gewinnabschöpfung in allen Bundesländern und auf Bundesebene (BGS) zulässt.

Daneben geht der Autor auf die Bedeutung von Nr. 75 Abs. 5 RiStBV und § 983 BGB ein und bietet Verfahrensregeln an, weist aber auch auf (gesetzlichen) Regelungsbedarf hin. Die einzelnen Abschnitte sind zum Abschluss auf maximal einer Seite plakativ zusammengefasst; außerdem enthält das Fachbuch u. a. Muster polizeilicher Dienstabweisungen/Verfügungen und staatsanwaltschaftlicher Hausverfügungen sowie Musterverfügungen „Sicherstellung von Gegenständen“ und „Sicherstellung von Bargeld“.

Präventive Gewinnabschöpfung in Theorie und Praxis, Ernst Hunsicker, Verlag für Polizeiwissenschaft, 2. vollständig überarbeitete und erweiterte Auflage, 165 Seiten, 14,90 Euro, ISBN 3-935979-55-X



Stalking

In dem vorliegenden Band werden erstmalig für Deutschland fachübergreifend wissenschaftliche Erkenntnisse präsentiert. Dem Leser soll die Möglichkeit geboten werden, einen Einblick in den Stand der deutschen Stalking-Forschung zu gewinnen sowie Informationen über Chancen der Intervention zu erwerben.

Das Buch entstand im Rahmen der ersten interdisziplinären Fachveranstaltung zum Thema „Stalking“ in Deutschland. Beiträge aus unterschiedlichen Fachrichtungen wie z. B. Psychologie, Justiz, Kriminalwissenschaften und Opferhilfe spiegeln das Spektrum der Experten, die sich in der Bundesrepublik mit der Thematik auseinandersetzen.

Stalking – Möglichkeiten und Grenzen der Intervention, Julia Bettermann & Moetje Feenders (Hrsg.), Verlag für Polizeiwissenschaft, 304 Seiten, 24,90 Euro, ISBN 3-935979-36-3